

FAIRCONOMY

Für eine Welt mit Zukunft



Marktwirtschaft vom Kapitalismus befreien!

Marktwirtschaft ist nicht gleich Kapitalismus
Negativzinsen sind marktwirtschaftlich richtig
Rettet unser Bargeld – mit einer Geldhaltegebühr

Liebe Leserinnen und Leser,

Für den Harvard-Professor John Kenneth Galbraith war der Begriff »Marktwirtschaft« ein Euphemismus, der nach dem Zweiten Weltkrieg planmäßig eingeführt wurde, um den durch die Weltwirtschaftskrise in Misskredit geratenen »Kapitalismus« abzulösen, der tatsächlich jedoch die gleichen Prinzipien beibehielt.

Heutzutage wird Marktwirtschaft oft mit Kapitalismus zusammen gedacht. Können wir uns keine Marktwirtschaft mehr *ohne Kapitalismus* vorstellen (S. 4 und S. 8)?

Eine Wirtschaft, in der die Verteilung der Güter und Dienstleistungen weitestgehend über Angebot und Nachfrage geregelt wird. Wo alles so dezentral wie möglich organisiert wird, nach dem Subsidiaritätsprinzip. Wo das Gemeinwesen auf Freiwilligkeit und Eigenverantwortung gegründet ist. Wo die Märkte »rund« laufen, weil »der Kreislauf des Geldes« wie auf unserem Titelbild mit dem gleichnamigen Aachener Brunnen rund läuft (S. 3) und weil auch Boden und Ressourcen gerechter verteilt sind.

Dazu gehört jedoch, dass dem Geld, dem Boden und den Ressourcen ihr Kapitalcharakter genommen wird und alle Menschen einen gleichberechtigten Zugang zu diesen lebensnotwendigen Dingen bekommen. Dafür sollte ein demokratischer Rechtsstaat Sorge tragen, auch als unser Vertreter auf supranationaler Ebene.

Hilfreich dabei ist ein ganz einfaches marktwirtschaftliches Prinzip: Wer den Nutzen hat, muss auch die Kosten tragen! Beim Geld bedeutet das: Wer liquide Mittel zurückhält (ohne sie auszugeben, zu investieren oder langfristig zu sparen), aus Bequemlichkeit oder um zu spekulieren ... der muss zukünftig zahlen. Am flüssigsten ist immer noch das Bargeld, das aber zunehmend gehortet wird. Daher ist seit einiger Zeit von seiner Abschaffung die Rede. Wer das nicht will, weil er einen Freiheitsverlust befürchtet, der muss aber in der Konsequenz bereit sein, für die Bargeld-Nutzung etwas zu zahlen (S. 12).

Miles Kimball (S. 14) hat dazu bemerkenswerte Vorschläge gemacht, die auf Robert Eisler zurückgehen und verwandt mit Silvio Gesells Ideen sind. Alle Banken, die sich mit sinkenden Margen konfrontiert sehen (S. 24), könnten aufatmen, wenn die EZB entsprechende Rahmenbedingungen hierfür schaffen und die technischen Details klären würde. Wenn der Anreiz, das Geld immer weiterzugeben, groß genug ist, dann macht es nicht mehr so viel aus, ob ein einzelner Mensch gierig, geizig oder gönnerhaft ist: Der Kreislauf des Geldes ist dann wie beim Brunnen auf unserem Titelbild geschlossen.

Viele Grüße von der INWO

Beate Bockting



Kontakt: Redaktion@INWO.de

Inhalt

- 3 Gerhardus Lang:
Negativzinsen sind marktwirtschaftlich richtig
- 4 Alwine Schreiber-Martens:
Marktwirtschaft ist nicht gleich Kapitalismus!
- 8 Silvio Gesell:
Die Ausbeutung, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung
- 12 Klaus Willemsen:
Rettet unser Bargeld – mit einer Geldhaltegebühr!
- 14 Miles Kimball: Vorteile einer effektiven Negativzinspolitik
- 16 INWO Schweiz
- 18 INWO Deutschland
- 20 Buchvorstellungen
- 21 Bestellformular
- 22 Mitgliedsantrag INWO D
- 23 Alec Gagneux:
Wirtschaftswachstum als Entwicklungsziel ist falsch

Impressum

FAIRCONOMY 12. Jahrgang, Nr. 2 Juni 2016, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion: B. Bockting (V.i.S.d.P.), M. Gassner
E-Mail: Redaktion@INWO.de

Auflage: 1.600 Exemplare

Bildnachweis: Titelseite: Der Kreislauf des Geldes, Brunnen in Aachen von Karl-Henning Seemann, Foto CC: Carolus Ludovicus / Christina v. Puttkamer; Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage; 3: © Deutsche Bundesbank; 5: © stockWERK / fotolia.com; 7: © Oli Müller / pixelio.de; 8: Rainer Sturm / pixelio.de; 9: © Mr Doornits / fotolia.com; 10: © birgitH / pixelio.de; 13: © Astrid Götze-Happe / pixelio.de; 15: © Huskyherz / pixelio.de; 20: © A. Lindert-Rottke / fotolia.com; ; 23: © www.globalgoals.org

Layout: design-angel.de, Christina v. Puttkamer, München

Druck: Mühlbauer Druck, Puchheim (gedruckt auf 100% Recyclingpapier)

Herausgeberin: INWO e.V., Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt

Abo-Kontakt Deutschland: INWO e.V., Wallstr. 57, 36199 Brühl, Telefon: +49 2232 156368, E-Mail: INWO@INWO.de, www.INWO.de

Kontoverbindung:
INWO e.V. bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum
IBAN: DE32 4306 0967 6010 4514 00, BIC: GENODEM1GLS

Abo-Kontakt Schweiz: INWO Schweiz, Postfach 3161, 5430 Wettingen 3, Telefon: +41 56 426 60 90, E-Mail: buero@INWO.ch, www.INWO.ch

Kontoverbindung:
Konto 40-963-0 bei der Freien Gemeinschaftsbank
IBAN: CH20 0839 2000 0040 0679 8
PC-Konto 30-1771-2, IBAN: CH83 0900 0000 3000 1771 2

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam und informieren unsere Mitglieder. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalistische Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist ei-

ne Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Negativzinsen sind marktwirtschaftlich richtig

Nachdem die sinkenden Zinsen nach Ausbruch der Finanzkrise zunächst begrüßt wurden, wird heute die Kritik daran immer lauter. Man beklagt die angebliche »Enteignung der Sparer« und wünscht sich wieder »normale«, sprich: höhere Zinsen. Doch die wären nicht marktgerecht.

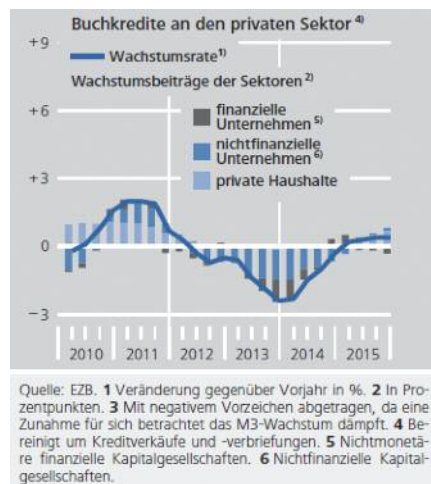
Der Euroraum hat seit 2006 ein Problem damit, dass die Kreditvergabe der Geschäftsbanken an den privaten Sektor nicht mehr wie früher wächst. 2008 war das Kreditwachstum im freien Fall und sackte 2009 sogar unter 0 %. Nach einer leichten Erholung wurden von 2012 bis 2014 im Euroraum erneut Kredite abgebaut (siehe Abb.). Was Gift für Wachstum und Konjunktur ist, heißt auch, dass es keinen Grund für steigende Zinsen gibt. Die Notenbanker tun alles, um die Kreditvergabe am Laufen zu halten, denn »Deflation« und Rezession wären ansonsten die Folge.

Wohlstand für alle?

Wovon Ludwig Erhard 1958 träumte, als er in »Wohlstand für alle« sein Modell der Sozialen Marktwirtschaft vorstellte, erscheint heute wieder wie ein Traum:

»Am Ausgangspunkt stand der Wunsch, über eine breitgeschichtete Massenkaufrkraft die alte konservative soziale Struktur endgültig zu überwinden. Diese überkommene Hierarchie war auf der einen Seite durch eine dünne Oberschicht, welche sich jeden Konsum leisten konnte, wie andererseits durch eine quantitativ sehr breite Unterschicht mit unzureichender Kaufrkraft gekennzeichnet«. Erhard wollte das durch den Wettbewerb in einer freien Wirtschaft, geschützt vor Kartellen und Monopolen, mit möglichst wenigen staatlichen Eingriffen erreichen. Nur war dieses Ziel ohne eine Geld- und Bodenreform niemals nachhaltig erreichbar. Das Geld wusste sich marktwirtschaftlichen Prinzipien von Angebot und Nachfrage, von Kosten und Nutzen zu entziehen und sich mit überhöhten Zinsforderungen selbst zu alimentieren.

So ist es unverständlich, dass gerade ein Vertreter der Schweizer Migros Bank, eine 100%ige Tochtergesellschaft des Migros-Genossenschafts-Bundes, eine Geldreform à la Silvio Gesell für »gefährlich« hält. Albert Steck veröffentlichte im Bank-Blog den Artikel: »Negativzinsen – oder das Ideal vom schrumpfenden Geld.«¹ Darin wird die inzwischen viel diskutierte Idee Gesells, dem umlaufenden Geld eine Haltegebühr aufzuerlegen, abgelehnt, weil sie ähnlich den derzeitigen Negativzinsen die Sparer verunsichere



aus: Dt. Bundesbank Monatsbericht Febr. 2016, S. 29

und sie den Gürtel noch enger schnallen ließe: »Das Resultat ist also das Gegenteil der angestrebten Stimulierung«.

Herrn Steck muss gesagt werden, dass er mit Migros ein Unternehmen vertritt, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Käufer mit möglichst guten und preiswerten Waren zu versorgen. Solche Handelsgeschäfte erzielen ihre Gewinne bei den Umsätzen, die sie tätigen: Je schneller eine Ware ihren Käufer findet, umso wirtschaftlicher kann Migros arbeiten. Dank einer weltweiten Arbeitsteilung und einem fast freien Welthandel können Waren aus aller Herren Länder angeboten werden. Das wäre alles ohne die Erfindung Geld nicht möglich. Deshalb ist jede »Erleichterung«, die das Geld seinem Zweck zuführt, nämlich Waren zu kaufen und zu verkaufen, zu begrüßen.

Was aber müssen die tüchtigen Kaufleute von Migros (und andere Händler) doch für einen Aufwand treiben, um den Leuten das unbedingt nötige Geld zu entlocken, damit das eigentliche Geschäft von Migros gut läuft: jede Ware so bald wie möglich umzusetzen, denn das bedeutet Arbeit und Einkommen der Arbeitenden sowohl bei Migros als auch bei ihren Lieferanten.

1 <https://blog.migrosbank.ch/de/negativzinsen-oder-das-ideal-vom-schrumpfenden-geld/>

Gleichzeitig ist damit auch gewährleistet, dass Wohlstand der kaufenden Konsumenten eintritt, d.h. »Wohlstand für alle«, wie Erhard es als Ziel der Sozialen Marktwirtschaft formulierte. Denn der Wohlstand entsteht ja nicht durch das verdiente Geld, sondern dadurch, dass man sich auch etwas dafür kaufen kann und das auch tut. Geld haben nämlich die Leute in den sozialistischen Planwirtschaften auch oft reichlich verdient, aber sie konnten nichts dafür kaufen.

Angebot und Nachfrage zum Ausgleich bringen

Das ist nun in den kapitalistischen Wirtschaften genau umgekehrt: Die Produzenten und die Kaufleute bieten überreichlich Waren und Dienstleistungen an, die sie mit viel Werbung anpreisen müssen, und locken die Kunden dabei ständig, ihr Geld möglichst jetzt und nicht erst morgen auszugeben. Ständig sehen wir Rabatte, Sonderangebote, Schlussverkäufe oder sogar Geschäftsaufgaben, und überall stehen Ladenlokale leer.

Wenn Sättigung der Hauptgrund ist, wäre das logisch. Es haben jedoch viele Menschen noch die verschiedensten Bedürfnisse, aber verdienen nicht das notwendige Geld, um diesen Bedarf zu decken. Auf der anderen Seite gibt es nicht so viele, die gar keinen Bedarf mehr haben, oder nur einen, der weit unter dem liegt, was sie an Geld zur Verfügung haben. Wenn dieses Geld wegen zu geringer Zinsen lieber auf »flüssigen« Konten gehalten wird, so wird dadurch der Wirtschaftskreislauf gestört.

Wenn dieses Geld durch ausreichend hohe Negativzinsen vermehrt ausgegeben oder zu niedrigsten oder gar negativen Zinsen verliehen würde, dann wäre doch allen mehr gedient, als dass immer weniger Wohlhabende immer reicher werden und immer mehr Ärmere sich nicht einmal das normal Notwendige kaufen können. Dem Geld muss man einfach noch mehr Beine machen! ■

Gerhardus Lang, geb. 1931, praktischer Arzt und Geburtshelfer seit 1961, seit 1945 »Mitwisser« der Kernpunkte der sozialen Frage von Rudolf Steiner.

Marktwirtschaft ist nicht gleich Kapitalismus!

Für viele ist der Begriff der Marktwirtschaft vom Kapitalismus kaum abzugrenzen. Vor allem linke Ökonomen setzen Kapitalismus häufig mit Marktwirtschaft gleich, wenn auch meist mit dem Zusatz »mit Privateigentum an Produktionsmitteln«. Tatsächlich ist Marktwirtschaft jedoch auch *ohne* Kapitalismus möglich – ein Thema, das durch die sinkenden Zinsen aktuell an Bedeutung gewinnt.

Selbst für die Fraktionsvorsitzende der Linkspartei und promovierte Volkswirtschaftlerin Sahra Wagenknecht stehen heute nicht mehr »Kapitalismus oder Kommunismus« zur Wahl. In einem Interview auf Telepolis¹ antwortet sie auf die Frage »Glauben Sie, dass unser Blickwinkel zu eng ist, wenn wir Wirtschaft nur als Kommunismus oder Kapitalismus denken können?«: »Diese Alternative ist historisch überholt. Der

»Im linken wie auch im konservativen Diskurs wird Kapitalismus gern mit Marktwirtschaft gleichgesetzt. Das ist grundfalsch.«

Sahra Wagenknecht

Versuch, den Kapitalismus durch eine zentralisierte Plan- und Staatswirtschaft zu ersetzen, ist Ende des letzten Jahrhunderts gescheitert.«

Sie fährt jedoch fort: »Das bedeutet aber noch lange nicht, dass wir uns mit den bestehenden Verhältnissen abfinden müssen. Es bedeutet lediglich, dass wir neue Ideen und Konzepte für eine attraktive Alternative brauchen, wenn wir den Kapitalismus ernsthaft herausfordern und Menschen dafür gewinnen wollen. Dafür müssen wir uns dessen bewusst werden, was genau wir überwinden wollen.«

Im Online-Wirtschaftslexikon von Gabler wird Kapitalismus kurz definiert als: »Historisie-

rende und, v.a. durch die Vertreter des Marxismus, werdende Bezeichnung für die neuzeitlichen kapitalistischen Marktwirtschaften mit dominierendem Privateigentum an den Produktionsmitteln und dezentraler Planung des Wirtschaftsprozesses«, wobei unterschiedliche Charakteristika bestimmend sein können, für Marxisten eben das Privateigentum an Produktionsmitteln, »verstanden als gesellschaftliches Verhältnis, das den Kapitalisten die unentgeltliche Aneignung der durch die arbeitenden Nichteigentümer hervorgebrachten Wertschöpfung ermögliche.«

Damit setzt sich Wagenknecht in ihrem neuen Buch »Reichtum ohne Gier« auseinander – betont dabei jedoch, dass Marktwirtschaft nicht mit Kapitalismus gleichgesetzt werden darf. Dazu führte Paul Schreyer unter dem Titel »Warum sollen wir uns mit so einer wirtschaftlichen Ordnung abfinden?« das oben genannte ausführliche Interview mit ihr.

Zunächst benennt Wagenknecht vergangene Zeiten: Breiter Wohlstand sei zumindest in den Industrieländern entstanden, und darauf fußend eine positive Sicht auf den Kapitalismus. Inzwischen sei das anders: Die Unsicherheit für die große Mehrheit der Bevölkerung ist gewachsen und »die Mittelschicht erodiert«. Konzerne beherrschen den Markt, sie sind Inhaber vieler Patente und blockieren oft die Innovation.

Dann kritisiert sie die ungleiche Verteilung der Geldvermögen und die daraus resultierende Macht, die Politik käuflich mache und die

Sahra Wagenknecht



Demokratie untergrabe: »Wenn sich derart viel Geld und die Verfügung über zentrale wirtschaftliche Ressourcen in so wenigen Händen konzentriert, wenn (...) ganze Staaten von Finanzspekulant in die Pleite getrieben werden können, dann kann keine Demokratie leben. Faktisch hat man dem heutigen Geldadel die Macht gegeben, sich die Politik zu kaufen, die seine Interessen bedient.«

Zwischen Kapitalismus und Marktwirtschaft unterscheiden

Wagenknecht kommt zu einer bemerkenswerten Aussage: »Im linken wie auch im kon-

¹ <http://www.heise.de/tp/artikel/48/48034/1.html>

servativen Diskurs wird Kapitalismus gern mit Marktwirtschaft gleichgesetzt. Das ist grundfalsch.« Sie begründet dies so: »Das Wesen des Kapitalismus ist nicht, dass sich der Austausch über Märkte vermittelt, sondern dass Unternehmen bloße Anlageobjekte sind, da-

Auch die »Vererbbarkeit der Macht« könne man damit überwinden. Leider führt sie hier nicht exakt aus, aufgrund welcher Mechanismen oder welcher Eigenschaften des »Kapitals« genau diese leistungslosen Einkommen dem »Kapital« zufließen.

weit unterschätzt. Außerdem sind in diesem Zusammenhang auch netzgebundene Strukturen (u.a. Energie, Daten, Transport) und Patente zu betrachten.

Im Weiteren gibt Wagenknecht Beispiele für mangelnde Innovationsbereitschaft vieler Firmen und zitiert dazu die Aussage eines Ingenieurs, dass »eine ökologische und ressourcensparende Innovation, die nicht mindestens 16 Prozent Rendite verspricht«, unterbleibt.

Ob dieses »Renditedenken« wirklich in erster Linie mit neuen Eigentumsformen überwindbar ist? Ob da nicht generell ein Sinken des Zinsniveaus, d.h. der Mindest-Renditeschwelle für Geldvermögen zum einen und zum anderen höhere Kosten für die Nutzung der Naturressourcen (»Öko-Abgaben« verbunden mit direkter pro-Kopf-Rückausschüttung à la Ökologisches Grundeinkommen bzw. Bodenerwerbssteuer) wirkungsvoller wären? Nachfolgend ist beinahe schon ein Abgleiten in Personalisierung feststellbar, wenn aus ihrem Buch zitiert wird, dass »die zehn reichsten deutschen Familien im Jahr 2013 zusammen 2,4

Milliarden Euro an Dividenden kassiert haben«. Die strenge Analyse der Mechanismen fehlt da. Bei der Überwindung dieser Mechanismen wäre auch die Vererbbarkeit kein Pro-



Was ist stärker: das Geldkapital oder das Privateigentum an Produktionsmitteln?

zu da, Kapital zu verwerten und Rendite zu erwirtschaften. Funktionierende Märkte und echter Wettbewerb stören bei der Renditemaximierung eher«.

Und sie stellt fest: »Märkte sind ja per se nichts Schlechtes ... in der kommerziellen Wirtschaft ist der Markt ein unerlässlicher Hebel, Unternehmen zu Innovation und Kundenorientierung zu zwingen.« Sie betont auch, dass nicht alle Bereiche für marktförmige Regulation geeignet seien, z.B. sei dies »bei Grundbedürfnissen etwa wie Bildung und Gesundheit« so.

Sofort fällt auf: Der Bereich Naturressourcen fehlt. Ebenso fehlt auch die Begründung, warum sie gerade die genannten Bereiche für nicht geeignet hält. Und sie nennt auch keine anderen Regulationsprinzipien. Es fehlt generell die Differenzierung zwischen Güter- und Finanzmärkten.

Wagenknecht greift auf Schumpeter zurück, der – jedoch nicht als einziger – zwischen dem Kapitalisten und dem Unternehmer unterschieden hat. Für den ersteren sei »ein Unternehmen nur ein Mittel zum Zweck der Kapitalverwertung und der Erzielung von Rendite«, so die Linke. Sie spricht dann von »leistungslosen Kapitaleinkommen und [der] Vererbbarkeit der Macht über Unternehmen«, die durch die von ihr vorgeschlagenen neuen Eigentumsformen überwunden werden sollen.

ßen. Sind für diese Mechanismen ausschließlich die Eigentumsformen ausschlaggebend, oder können sie auch anders unterbunden werden?

Wenn – wie sie anfangs ja sagt – die Macht zum einen auf konzentrierten Geldvermögen (bei ihr die Begriffe Geldadel, Finanzspekulant) und zum anderen auf der »Verfügung über zentrale wirtschaftliche Ressourcen« beruht, ist ja zu fragen: Wodurch entsteht diese Zusammenballung der Geldvermögen? Und was sind die »zentralen wirtschaftlichen Ressourcen«?

Eine weitere Unterscheidung ist wichtig

Sind es wirklich Maschinen und Gebäude? Oder sind es eher die wirklich »knappen«, weil nicht durch menschliche Arbeit vermehrbaren und schwer ersetzbaren Naturressourcen?

Dirk Lohr trifft diese – ebenfalls wichtige! – Unterscheidung in seinem Buch »Die Plünderung der Erde« und auch in seinem äußerst lesenswerten Blog rent-grabbing.com. Bereits Henry George hatte zur gerechteren Verteilung Steuern in die Debatte gebracht (»Single Tax«), aber in kritischen Kreisen in Deutschland findet diese Verknüpfung von Steuer- und Bodenfrage bisher nicht statt. Die Bedeutung der Bodenrente wird hier generell

»Das Wesen des Kapitalismus ist nicht, dass sich der Austausch über Märkte vermittelt, sondern dass Unternehmen bloße Anlageobjekte sind, dazu da, Kapital zu verwerten und Rendite zu erwirtschaften. Funktionierende Märkte und echter Wettbewerb stören bei der Renditemaximierung eher«.
Sahra Wagenknecht

blem mehr, wie etwa Eckhard Behrens in »Negative Zinsen – ein Angriff auf das Sparen?« (Zeitschrift Humane Wirtschaft Heft 1 2015, S.11) darlegt.

Marx unterschätzte das Geldkapital

Marx unterscheidet zwar zwischen Geldkapitalist, industriellem Kapitalist und »fungierendem« Kapitalist – er unterschätzt aber die Macht des »bloßen« Geldkapitalisten, was Klaus Schmitt so beschrieben hat:

Den Unternehmer nennt Marx den »fungierenden Kapitalisten«, weil er die Aufgabe hat, »Mehrwert, d. h. unbezahlte Arbeit, zu produzieren«. Als »Nichteigentümer« ist er »Arbeiter«, wie Marx ausdrücklich (kursiv) hervorhebt. Für seine Tätigkeit als Organisator des Produktions- und Zirkulationsprozesses und der »Profitmaximierung« erhält er einen Unternehmer-»Lohn«. Das gilt für den selbständigen Unternehmer ebenso, wie für den angestellten Unternehmer, den Manager. Als »Arbeitslohn« existiert er nach Marx allerdings nur im »Hirnkasten« des Unternehmers (144), wenn der Unternehmer primär als Handlanger des Kapitalisten (und Grundrentner) fungiert. »Vom Kapital getrennt, ist aber der Produktionsprozeß Arbeitsprozeß überhaupt. Der industrielle Kapitalist, als unterschieden vom Kapitalei-

Marx glaubte, dass der Zins keine eigenständige Kategorie ist, sondern erst durch den Profit konstituiert wird – ein Irrtum!

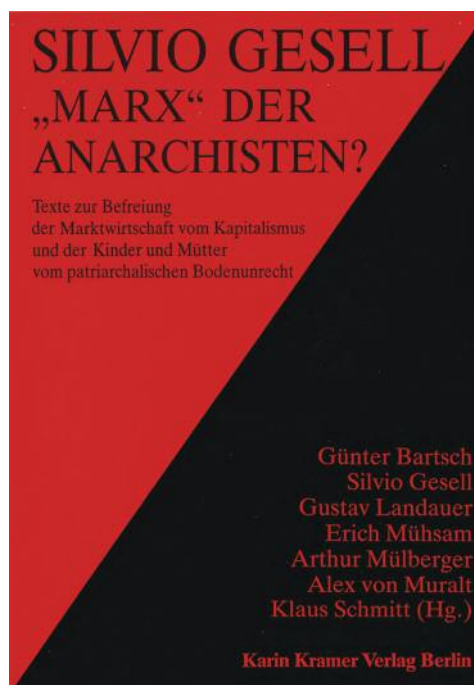
gentümer, erscheint daher nicht als fungierendes Kapital, sondern als Funktionär auch abgesehen vom Kapital, als einfacher Träger des Arbeitsprozesses überhaupt, als Arbeiter, und zwar als Lohnarbeiter.« (145) Aha! In einer nicht-kapitalistischen Wirtschaft würde der Unternehmer also einen wohlverdienten Lohn für produktive und gesellschaftlich nützliche Arbeit erhalten. – Auch in einer vom Kapitalismus freien Marktwirtschaft?

Als letzter Darsteller in Marxens Drama »Das Kapital« betritt nun eine Figur die Bühne, die jene Krankheit verkörpert, die mit ihrem Virus Zins die gesamte Marktwirtschaft vergiftet: der »Geldkapitalist«. Doch die Rolle, die Marx diesem eigentlichen

Hauptdarsteller in diesem Drama zugedacht hat, ist schwach und unbestimmt. Als Kreditgeber liefert er zwar mit der in seinen Geldschätzen »geronnenen« Arbeitskraft die notwendige Voraussetzung für die Entwicklung des Industriekapitalismus; Marx meint jedoch, er würde als »Wucherkapitalist« nur so ganz nebenbei »einen Teil des Profits in Zins verwandeln« (146) (immerhin die »naturwidrigste« Einkommensquelle, wie Marx Aristoteles zitiert) (147).

Denn ganz im Sinne seiner klassischen Lehrmeister glaubt Marx, daß der Zins keine eigenständige Kategorie ist, sondern erst durch den Profit konstituiert wird: daß erst »die Trennung der Kapitalisten in Geldkapitalisten und industrielle Kapitalisten (...) überhaupt die Kategorie des Zinses schafft: und es (...) nur die Konkurrenz zwischen diesen beiden Sorten Kapitalisten (ist), die den Zinsfuß schafft«. (148) Und ganz dicke kommts, wenn er behauptet, die Entwicklung des heutigen Kreditwesens sei nichts anderes als eine »Reaktion gegen den Wucher« und »bedeutet nichts mehr und nichts weniger als die Unterordnung des zinstragenden Kapitals unter die Bedingungen und Bedürfnisse der kapitalistischen Produktionsweise«. (149) Die heutigen Finanziere sind also den Produzenten in Brasilien, Mexiko, Polen etc. untergeordnet! Eine fatale Unterschätzung der Rolle, die das (heutige) Geld, der Zins und das Finanzkapital auf den Bühnen aller Volkswirtschaften spielen!

Daß hier ein kapitaler Irrtum in der marxistischen Wirtschaftstheorie vorliegt, beweist die marxistische Verschuldungspraxis im »real existierenden Sozialismus«. Dort hat sich aus Unkenntnis der wahren monetären Zusammenhänge und nach Marxens eigener Definition z. B. die »Avantgarde des Proletariats«, die »revolutionäre« kommunistische »Arbeiter«-Partei der »Volks«-Republik Polen mit ihrer Verschuldungspraxis zum »fungierenden Kapitalisten« für die Zinsinteressen des westlichen Finanzkapitals gemacht. Diese Tat-



sache entlarvt die marxistische Wirtschaftstheorie als zahnlosen Papiertiger und macht ihre Verfechter objektiv zu Bundesgenossen des Kapitals.

Nun gab und gibt es allerdings Banken, die die Produzenten vom »Zinswucher« zu befreien suchten und suchen (s. Kap.1). Doch das sind Projekte, die mit der geplanten Tauschbank von Marxens Erzfeind Proudhon verwandt sind und die durchaus nicht beabsichtigen, der »kapitalistischen Produktionsweise« zu dienen. Stattdessen versuchen sie, den Kern des Kapitalismus: den Zins, zu überwinden und die Zirkulation sicherzustellen. ■

Ein solches Projekt im großen Stil sind heute die Negativzinsen der Zentralbanken. Vollendet werden kann es jedoch erst durch Einführung einer Haltegebühr auf Bargeld, d. Red.

Auszug aus: Klaus Schmitt: Silvio Gesell – »Marx« der Anarchisten?, Karin Kramer Verlag, Berlin 1989, ISBN 3-87956-165-6, Kapitel 10: Wer ist Kapitalist?

(Die Marx-Zitate stammen aus: Das Kapital, Bd. III. Dietz Verlag, Berlin-Ost 1968)

Wagenknecht jedoch setzt auf Änderungen beim Eigentum und nennt als Beispiel gelungener anderer Eigentumsformen etwa die Carl-Zeiss-Stiftung oder »Gemeinwohlgesellschaften ... [als] nicht-kommerzielle Unternehmen, die im öffentlichen Auftrag statt im eigenen Gewinninteresse wirtschaften«. Schade, dass sie, zumindest im Interview, gerade Stiftungen erwähnt, die durchaus sehr kritisch gesehen werden können, dafür aber Genossenschaften unerwähnt lässt.

Geld als öffentliches Gut ...

Im letzten Teil werden TTIP als »Neoliberalismus bis zur letzten Konsequenz« und Aktiengesellschaften als widersprüchliches Konstrukt, bei dem »ein Investor nur mit seinem investierten Geldbetrag haftet, aber unbegrenzten Zugriff auf alle im Unternehmen erwirtschafteten Gewinne hat«, kritisiert – was sehr nachvollziehbar ist. Im Kontext nötiger Neuordnungen im Finanz-

... durch marktwirtschaftliches Kosten-Nutzen-Prinzip

Ein Hinweis auf die einfache »Faustformel« der Marktwirtschaft, dass nämlich Nutzen und Kosten gekoppelt sein müssen, nach der also der Nutzen des öffentlichen Gutes »Geld«, den derjenige hat, der gerade über Geld verfügen kann, mit Kosten zu koppeln wäre (»Geldhaltegebühr«), fehlt leider hier; und erst recht natürlich Gedanken zu den vielfältigen Konsequenzen dieser Kopplung. Erfreulich ist, dass die Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht keine ideologischen Scheuklappen trägt. So äußert sie eine klare Wertschätzung des Ordoliberalismus: Dieses Denken sei »in vieler Hinsicht kapitalismuskritisch und radikal. ... Schon das Godesberger Programm [der SPD] war deutlich angepasster als vieles, was Leute wie Walter Eucken und Alexander Rüstow sich auf die Fahne geschrieben haben. (...) Walter Eucken hat massiv für

»Wir brauchen neue Ideen und Konzepte für eine attraktive Alternative, wenn wir den Kapitalismus ernsthaft herausfordern und Menschen dafür gewinnen wollen. Dafür müssen wir uns dessen bewusst werden, was genau wir überwinden wollen.«

Sahra Wagenknecht



Die Marxschen Rezepte zur Überwindung des Kapitalismus brachten keinen wirklichen Erfolg – versuchen wir es mal mit neuen Ideen!

sektor sagt Wagenknecht: »Geld ist ein öffentliches Gut.« Ihre Folgerung daraus ist dann allerdings, dass die »Geldversorgung der Wirtschaft nicht in die Hände unverantwortlicher Zockerbuden« gehöre, zu denen – Beispiel Landesbanken – auch Staatsbanken werden können. »Es geht also zwar einerseits um Eigentumsformen, die blinde Renditeorientierung ausschließen, aber zugleich um strenge Regulierung.«

eine Entflechtung großer Konzerne plädiert – und an dem Punkt waren die Ordoliberalen dann auch von Ludwig Erhard enttäuscht, der bei der Debatte um ein Kartellgesetz mit Biss am Ende vor der Wirtschaft eingeknickt ist.« Abschließend äußert sich Wagenknecht kritisch zu den europäischen Institutionen: »Die europäische Demokratie steht ... auf schwachen Füßen. Wenn dennoch immer mehr Kompetenzen auf die europäische Ebene über-

tragen werden, bedeutet das ... den Abbau demokratischer Einflussmöglichkeiten.«

Zur Buchvorstellung in Berlin hatte der Verlag Prof. Hans-Werner Sinn eingeladen, hierüber erschien am 13.04.16 ein Kurzbericht, in dem Sinn als »der angriffslustigste Kapitalismuskritiker-Kritiker seit der ursprünglichen Akkumulation« eingeführt wird.² Der Bericht betont insbesondere, dass Hans-Werner Sinn von der Wertschätzung des Ordoliberalismus durch Sahra Wagenknecht sehr angetan ist – ganz im Unterschied zu ihrer »zentralen Handlungsempfehlung, Kapitalgesellschaften durch andere Unternehmensformen zu ersetzen, die von den Beschäftigten gesteuert würden«. Er argumentiert, »nur wenn das Kapital sich frei zu den Geschäftsmodellen bewegen könne, die eine höhere Rendite versprechen, als jene in denen es derzeit investiert sei, könne sich das Neue und Bessere durchsetzen«. Die oben zitierte Aussage des Ingenieurs zeigt bereits Grenzen dieser Denkweise auf!

Man darf gespannt sein, welche Debatte der Slogan »Marktwirtschaft ohne Kapitalismus« oder die Aussage »Geld ist ein öffentliches Gut« nun auslöst. Jedenfalls braucht Marktwirtschaft Partner auf Augenhöhe – ein nicht-neutrales Geld (Dieter Suhr) macht dies unmöglich; und Privilegien durch uneingeschränkte private Verfügung über Naturressourcen ebenso.

Alwine Schreiber-Martens, Mathematikerin in Rente, ist seit 1999 INWO-Mitglied.

² www.welt.de/politik/deutschland/article154288851/Sinn-haelt-viele-Ideen-Wagenknechts-fuer-plausibel.html

Die Ausbeutung, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung

In einem Vortrag von 1922, der hier auszugsweise wiedergegeben wird, hat Silvio Gesell seine Kapitaltheorie der von Marx gegenübergestellt. Für Marx war Geld kein selbständiges Kapital, für Gesell wohl. Daraus resultieren sehr verschiedene Lösungsansätze zur Überwindung des Kapitalismus.

Der Sozialismus zieht seine Triebkräfte in erster Linie aus dem Wunsche der Ausgebeuteten, sich der ausbeutenden Mächte zu erwehren. (...) Wir bezahlen alle Jahre 20 Milliarden Goldmark an unsere Ausbeuter und wissen noch nicht, wie das geschieht! Und weil wir in dieser Beziehung uneinig sind, streiten wir über den Weg, der einzuschlagen ist zur Bekämpfung der Ausbeutung. Unglaublich erscheint es, aber es ist wahr: Die Einheitsfront kommt nicht zustande, weil wir nicht wissen, ob der Kapitalist uns das Geld aus der linken oder aus der rechten Tasche nimmt.

Zwei Theorien der Ausbeutung

Zwei Theorien streiten heute um Anerkennung in den Kreisen der Ausgebeuteten:

1. die Theorie, wonach im Privatbesitz an den Produktionsmitteln schlechthin der Grund der Ausbeutung zu suchen ist, und
2. die Theorie, wonach die Ausbeutung eine Folge unseres fehlerhaften Geld- und Bodenrechtes ist.

Nach der einen Theorie erfolgt die Ausbeutung direkt und ausschließlich bei der Arbeit, in der Fabrik, auf dem Felde. Nach der anderen erfolgt sie bei der Benutzung des Bodens und beim Tausche der Arbeitsprodukte mittels des Geldes, sowie bei allen Darlehen, wobei auch das Verhältnis des Arbeitnehmers zum Arbeitgeber als Darlehensverhältnis behandelt wird, ebenso wie das des Mieters und Vermieters.

Die zuerst genannte Theorie fordert in folgerichtiger Anwendung die Abschaffung des

Wer über seine unmittelbaren Warenbedürfnisse hinaus noch Geld übrig hat, der kann damit heute vollkommen frei schalten. Er kann es hamstern.

Privateigentums, und damit auch die der Privatwirtschaft, der Selbstverantwortung. Die Verteilung der Produkte erfolgt durch den Staat, der die Produktion leitet. Die Grundsät-



Der Unternehmer ist ein Kaufmann. Er handelt mit den Rohstoffen, die seine Arbeiter verbrauchen, und mit den Erzeugnissen, die die Arbeiter ihm verkaufen.

ze, nach denen die Verteilung erfolgen soll, werden gesetzlich geregelt.

Nach der anderen Theorie braucht es solcher Eingriffe nicht. Es genügt, wenn der Boden und das Geld »sozialisiert« werden. Das Übrige besorgt dann zwangsläufig, automatisch, die nun wirklich freie, zu ihrer Ordnung gelangte, den eigenen Gesetzen folgende Wirtschaft. Die Ausbeutung ist nach dieser Theorie ein Produkt gewaltsamer Eingriffe in die natürliche, von selbst sich ergebende Ordnung der Wirtschaft. Mit der Beseitigung dieser Eingriffe muss auch die Ausbeutung fallen. (...)

Marx: Arbeitskraft ist eine Ware

Marx als Hauptvertreter der Lehre, wonach die Ausbeutung auf das Privateigentum zurückzuführen sei, geht von einer sehr wichtigen, von ihm aber nur ganz oberflächlich untersuchten Voraussetzung aus, nämlich, dass das Geld kein selbständiges Kapital sei. Das Geld ist ein vollkommenes Äquivalent der im Tausch erhaltenen Waren, sagt Marx.

Für die von ihm selbst geprägte allgemeine Formel des Tausches – $G-W-G'$ – also Geld, Ware, Mehrgeld, findet er in den Eigenschaften des Geldes keine Erklärung. Wenn diese Formel nicht durch eine ganz regelmäßig und ungestraft vor sich gehende »Prellerei«, also nicht durch Machtfaktoren erklärt werden soll, dann, sagt Marx, gehört zu dieser Erklärung eine lange Kette von Mittelgliedern. Diese Mittelglieder sucht nun Marx im Produktionsprozess.

Er erklärt dann die hier vor sich gehende Ausbeutung wie folgt: Die Arbeitskraft ist eine Ware. Der Wert der Waren richtet sich nach den Produktionskosten. Der Unternehmer zahlt ohne Prellerei, also kraft seiner Übermacht, den vollen Wert der Arbeitskraft, wenn er ihre Produktionskosten bezahlt. Die Ware Arbeitskraft hat die Eigentümlichkeit, dass ihr

Das Geld ist als selbständiges Kapital entlarvt. Es ist kein vollkommenes Äquivalent. Es ist mehr. Und dieses Mehr schafft den Mehrwert.

Gebrauchswert größer ist als ihr Tauschwert, d. h. dass der Verbrauch der Arbeitskraft in der Fabrik mehr liefert als das, was sie gekostet hat, also mehr als die Produktionskosten der Arbeitskraft. Der Unterschied der beiden Größen gehört selbstverständlich dem Eigentümer, dem Käufer der Arbeitskraft. Der Mehrwert ist so erklärt. (...)



Wie viel müsste ein Kaufmann von seinem Kapital abschreiben, wenn er sein Geschäft nur ein Jahr schließen wollte? 50%? 20%? Vergleichen wir die Lage des Geldhamsters und des Warenhamsters: Jener hat einen Gewinnverlust, dieser hat den gleichen Gewinnverlust, aber dazu noch den Substanzverlust.

Der Ausgangspunkt in der Marxschen Darstellung ist der Satz: »Die Arbeitskraft ist eine Ware«. Marx behauptet das. Er hat den Satz aus der volkswirtschaftlichen Literatur seiner Zeit übernommen. Er begründet die Behauptung nicht. (...)

Nicht Arbeitskraft, sondern Arbeitsprodukt entscheidend

Was wäre die Arbeitskraft ohne den Arbeitswillen? Was nützt dem Unternehmer die Arbeitskraft, wenn der Arbeiter sie nicht gebraucht? Und was nützt dem Unternehmer wieder der Arbeitswille, wenn die Arbeitskraft fehlt? Wille und Kraft vereint liefern das Produkt, und auf das Produkt kommt es dem Unternehmer an. Der Unternehmer kauft also nicht die Arbeitskraft, sondern das Arbeitsprodukt. Bei der Anstellung des Arbeiters richtet sich das Angebot des Unternehmers ganz nach den Produkten, die er vom Arbeiter erwartet. Und auch der Arbeiter richtet seine Forderungen nach seinem Arbeitsprodukt. Der Lohnvertrag ist demnach nichts anderes als ein Kaufvertrag über die Waren, die der Arbeiter herstellt und dem Unternehmer verkauft. Beim Stücklohn tritt dieses Verhältnis ganz klar zu Tage.

Dass die Maschinen, die der Arbeiter benutzt, dem Unternehmer gehören, ändert an diesem Verhältnis nichts. In dieser Beziehung kann man das Verhältnis des Unternehmers zum Arbeiter mit dem eines Pfandleihers

vergleichen. Der Unternehmer leiht dem Arbeiter gegen eine Vergütung das Werkzeug und den Rohstoff. Die Höhe dieser Vergütung setzt der allgemeine Wettbewerb der Regel nach auf den Zins des Geldes herab, das der Unternehmer zur Anschaffung seiner Produktionsmittel verausgaben muss. Mehr kann er nicht herauschlagen, weil der Wettbewerb es ihm nicht gestattet.

Und dafür, dass es nicht weniger wird, sorgt auch wieder der allgemeine Wettbewerb, da niemand Geld in ein Unternehmen anlegen wird, das weniger als den Zins des Anlagekapitals verspricht.

Der Unternehmer ist ein Kaufmann

Der Unternehmer ist ein Kaufmann. Er handelt mit den Rohstoffen, die seine Arbeiter verbrauchen und mit den Erzeugnissen, die die Arbeiter abliefern, besser gesagt, die sie ihm verkaufen. Die Maschinen sind als Darlehen zu betrachten, die der Unternehmer den Arbeitern macht, deren Zins er im Lohn und Stücklohn abzieht oder verrechnet und die ihm gleichzeitig als Pfand dienen.

Wären die Arbeiter allgemein kreditwürdig, so würden die Arbeiter das Geschäft, das der Unternehmer macht, selber machen können. Vorausgesetzt, dass sie auch die dazu nötigen Kenntnisse besäßen – ähnlich wie das die Pachtbauern tun.

Ziehen wir die Folgerungen aus dem eben Gesagten: So viel wie Marx auf dem Satz, dass



die Arbeitskraft eine Ware sei, gebaut hat, so viel muss auch mit diesem Satz wieder stürzen. Marx sagt: Der Wert der Ware Arbeitskraft richtet sich nach ihren Produktionskosten. Diese Folgerung liefert Marx die allgemeine Lohntheorie. Er braucht keine andere, da sie sich aus dem Satz »dass die Arbeitskraft eine Ware sei«, vollkommen logisch ergibt. Treten Widersprüche auf mit den Tatsachen, so muss die Erklärung anderswo gesucht werden (...). Im dritten Band müht sich Marx auch redlich mit der Klärung der Widersprüche ab.

Aus der Lohntheorie, die Marx aus seinem Axiom, dass die Arbeitskraft eine Ware sei, zieht, ergibt sich, wiederum mit vollkommener Logik, die allgemeine Kapitaltheorie, die Erklärung für die allgemein anerkannte Ausbeutung. Er sagt: Der Unternehmer kauft die Ware Arbeitskraft zu ihrem vollen Wert, also ohne Prellerei. Er kauft sie aber nicht wegen ihres Tauschwertes, also nicht als Kaufmann. Er kauft sie als Konsument, um sie zu verbrauchen. Die Ware Arbeitskraft hat aber die Eigentümlichkeit, dass ihr Gebrauchswert größer ist als ihr Tauschwert, d. h., dass der Verbrauch der Ware Arbeitskraft ein Produkt ist, das größer ist als die Produktionskosten dieser Kraft, größer also als der Lohn. Der Unterschied ist der Mehrwert. Die Kapitaltheorie ist fertig.

Marx' Rezept: Kommunismus

Als Käufer für die Ware Arbeitskraft kommt natürlich nur ein Konsument dieser Ware in

Betracht und konsumieren lässt sich diese eigentümliche Ware nur mit Hilfe der Produktionsmittel. Der Besitz der Produktionsmittel gibt dem Unternehmer die Möglichkeit, den Unterschied, der zwischen dem Gebrauchswert und dem Tauschwert der Ware Arbeitskraft liegt, für sich zu beanspruchen. So ist auch der Beweis erbracht, dass die Aus-

Der Zins aller Kapitalien richtet sich nach dem Zins des Geldkapitals.

beutung des Menschen allgemein zurückzuführen ist auf das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Der Sozialist, der die Ausbeutung beseitigt wissen will, hat keine andere Möglichkeit, als ja und Amen zu der Forderung zu sagen, wonach die Produktionsmittel verstaatlicht werden müssen. So folgt aus dem Satz, dass die Arbeitskraft eine Ware sei, zwangsläufig die Forderung nach dem Kommunismus.

Geld an sich hat Kapitalcharakter

Die Freigeldlehre geht ebenfalls bei ihren Untersuchungen über die Natur des Kapitals von der Marxschen Formel des Tausches aus. $G-W-G'$, d. h. Geld-Ware-Mehrgeld. Sie setzt aber nicht, wie Marx es tut, kritiklos voraus, dass das Geld ein vollkommenes Äquivalent der Waren sei, sondern findet in der

von Marx selbst formulierten allgemeinen Gestaltung des Tausches den Beweis, dass das Geld mehr ist als ein Äquivalent. Die Marxsche Formel $G-W-G'$ ist für sie unmittelbarer Beweis, dass das Geld ein selbständiges Kapital ist (...), Ergebnis einer Überlegenheit des Geldbesitzers über den Warenbesitzer, also Produkt eines wirtschaftlichen Machtfaktors.

Die Freigeldlehre hat (...) auch die Frage beantwortet, warum das Geld den Waren als Kapital gegenüber treten kann. Sie gibt darüber folgende Erklärung: Die Ware ist ihrem Verfertiger oder ihrem Besitzer direkt nutzlos. Um Nutzen aus ihr zu ziehen, muss die Ware getauscht werden. Dazu müssen sich die Warenbesitzer, durch die Lage der Dinge gezwungen, des Geldes als Tauschmittel bedienen. Der Preis, den der Warenbesitzer erhält, wird souverän durch Nachfrage und Angebot bestimmt.

Unter Nachfrage ist das angebotene Geld und unter Angebot die angebotene Ware zu verstehen. Der Preis ist als Bruch anzusehen, wo der Zähler durch das Geld, der Nenner durch die Ware dargestellt ist. Geld dividiert durch Ware = Preis. Wird der Zähler (Geld) verkleinert, so fallen die Preise. Wird der Zähler vergrößert, so steigen die Preise. Und umgekehrt verhält es sich beim Nenner.

Geldhortung bedeutet Gewinnverlust, nicht Substanzverlust

Hier ist nun zu beachten, dass das Angebot des Geldes, sofern wir hier nur an die ei-

gentlichen Geldleute denken, an die Bankiers, an die Rentner, an die Spekulanten, wie auch an die Sparer, eine vollkommen willkürliche Sache ist. Wer über seine unmittelbaren Warenbedürfnisse hinaus noch Geld übrig hat, der kann damit vollkommen frei schalten. Er kann es hamstern. Zwar verliert er dann den Zins. Er kann es auf die Bank bringen und es dort unberührt liegen lassen. Das sind bei einem regulären Depositenzins von 4% für den Monat etwa 30 Pfennig auf 100 Mark. Betrachten wir diesen Verlust als einen Druck, dem der Geldbesitzer unterliegt, so können wir diesen Druck mit der eben angegebenen Zahl messen, also einem Druck von etwa einem Pfennig im Tage für je 100 Mark. Wohl gemerkt, der Geldbesitzer hat keinen Substanzverlust an seinem Geldvorrat zu verzeichnen, sondern beklagt nur einen ihm entgangenen Gewinn. Wer einen Geldschatz unter einem Apfelbaum vergräbt, der findet seinen Schatz nach Jahr und Tag unversehrt wieder. Bedenken wir hier noch, dass alles Geld, auch das Lohngeld des Unternehmers, in der Regel aus den Banken und Sparkassen kommt, so können wir sagen, dass das in Umlauf befindliche Geld durchwegs unter einem Druck von einem Pfennig für je 100 Mark und Tag steht.

Vergleichen wir nun hiermit den Nenner des Bruches, das Warenangebot. Betrachten wir die Waren, Artikel für Artikel. Betreten wir einen Markt, einen Laden, ein Kaufhaus, einen Hafenplatz, einen Eisenbahnschuppen, einen Güterzug. Alle diese Waren haben ihre bestimmten Eigentümer. Und alle diese Eigentümer haben Sorgen, Sorgen um ihre Waren. Ob sie nicht gestohlen werden, ob es nicht regnet, ob es nicht frieren wird (...)

Der Besitzer des Geldes hat einen Gewinnverlust von 1 Pfennig für den Tag und 100 Mark. So hatten wir es eben ausgerechnet. Schließt ein Bankier sein Geschäft, so ist sein Gewinnverlust ebenso zu bemessen. Aber wie geht es dem Besitzer eines Warenhauses, der etwa auf den tollen Gedanken käme, es ebenso wie der Bankier zu machen und sein Warenhaus eines Angestelltenstreiks wegen für ein Jahr verschließen? (...) Also wie viel muss der Besitzer des Kaufhauses von seinem Kapital abschreiben, wenn er es nur um ein Jahr verschließen wollte? Sind etwa 50% zu viel, so sind sicherlich 20% zu wenig. Doch rechnen wir hier nur mit 15 oder gar mit nur 10% und dann vergleichen wir die Lage der beiden Personen, des Geldhamsters und des Warenhamsters! Jener hat einen Gewinnverlust von 5%, dieser hat den gleichen Gewinnverlust und dazu noch den Substanzverlust.

Den Gewinnverlust des Geldbesitzers berechneten wir mit einem Druck von 1 Pfennig

pro Tag und 100 Mark. Den Substanzverlust beim Warenbesitzer aber müssen wir mit einem Druck von 3 Pfennig pro Tag und 100 Mark berechnen. Das heißt also: Die Nachfrage auf dem Markte sucht durch den Tausch einem Druck von einem Pfennig auszuweichen. Das Angebot sucht einem Druck von dreifacher Stärke zu entgehen. Wenn der Handel nicht zustande kommt, so muss der Warenbesitzer mit dem dreifachen Schaden rechnen, den der Geldbesitzer erleidet. Wer ist unter solchen Verhältnissen der Gefügigere? Wer ist zu Ermäßigungen bei seinen Forderungen am geeignetsten?

Geldbesitzer kann Vergütung erpressen

Es ist also ganz klar, dass es sich hier nicht um volle Äquivalente handelt, dass der Geldbesitzer aller Regel nach vom Warenbesitzer eine besondere Vergütung dafür fordern kann, dass er darauf verzichtet, dem Besitzer der Ware durch Verschleppung des Handels ei-

**Wären die Arbeiter
allgemein kreditwürdig,
so würden die Arbeiter
das Geschäft, das der
Unternehmer macht,
selber machen können.**

nen direkten Substanzverlust zu verursachen. Wie viel diese Vergütung in jedem Einzelfall beträgt, kann natürlich nicht festgestellt werden. Die Vergütung geht stillschweigend in den Preis über.

Die Erfahrung zeigt aber, dass die Kaufleute das im Geschäft angelegte Geld aller Regel nach mit 5% im Jahre verzinsen können. Diese 5% sind die Summe der während eines Jahres beim Einkauf der Waren auf Grund der kaufmännischen Überlegenheit des Geldes gemachten Abstriche. Wenn das Geld kein Kapital an sich wäre, dann wäre es auch den Kaufleuten unmöglich gemacht, das Anlagekapital zu verzinsen. Von wem würden sie dann den Zins erheben können? Im Tauschhandel gibt es keinen Zins. Wenn beim Tausch beide mit Zins rechnen, dann würden sich ja die Zinsrechnungen gegenseitig aufheben.

Das Geld ist als selbständiges Kapital entlarvt. Es ist kein vollkommenes Äquivalent. Es ist mehr. Und dieses Mehr schafft den Mehrwert. (...)

Mit der Entdeckung der Kapitalnatur des Geldes findet ein allgemeiner Rollenwechsel statt. Der Zins des Handelskapitals richtet sich nun nicht mehr nach dem Zins des Produktionskapitals. Umgekehrt: Der Zins aller Kapitali-

en richtet sich nach dem Zins des Geldkapitals. (...)

Die Überlegenheit des Geldes ist eine feste Größe. So ist also auch der Ertrag dieser Überlegenheit eine feste Größe. (...) Wenn das Geld ein Kapital an sich ist, dann versteht es sich auch von selbst, dass niemand sein Geld in Häuser und in Industrieanlagen festlegen wird, wenn er von diesen Anlagen nicht denselben Zins erwarten kann, den das Geld im Handel abwirft. So schafft der Zins des Geldes die uralte, bis dahin völlig rätselhafte Rentabilitätsgrenze, die seit Bestehen der Geldwirtschaft noch niemals von einem Unternehmer unterschritten wurde. (...)

Gesells Rezept: Geldhaltegebühr

Das Geld ist Kapital, weil sein Angebot nicht dem gleichen Drucke ausgesetzt ist, wie das Angebot von Waren. Bei der Preisbildung kann dieser Umstand von den Geldbesitzern ausgebeutet werden, nach der allgemeinen Handelsformel Geld, Ware, Mehrgeld.

Wenn wir darum das Geld so gestalten, dass der Druck, unter dem das Warenangebot steht, auch auf das Geldangebot übertragen wird, so fällt die Übermacht des Geldes dahin. Dann ist der Tatbestand da, den Marx bei seiner Untersuchung bereits als gegeben voraussetzte.

Wenn das Geld im Besitze des Kaufmannes, des Bankiers, des Sparers, der Spekulanten ebenso schnell verdirbt wie die Ware verdirbt, wenn der Besitz des Geldes mit denselben Unkosten verknüpft ist wie der Besitz von Waren, wenn der Geldbesitzer mit einem Substanzverlust zu rechnen hat, der proportional der Zeit wächst, die das Geld in seinem Besitze verbleibt, dann sind Geld und Ware äquivalent und dann wird es undenkbar, dass der Besitzer des Geldes dem Besitzer der Waren einen besonderen Abzug dafür machen kann, dass er darauf verzichtet, den Handel auf die lange Bank zu ziehen. Denn dann würde ja der Schaden, der den Warenbesitzer für eine Preisermäßigung mürbe machen soll, in gleicher Stärke den Geldbesitzer treffen. Diesen Gedanken setzt das Freigeld in die Tat um. (...)

Es ist klar, dass, wenn ich meinen Gedanken zur Ausführung bringen will, das Geld auch als Sparmittel den Waren gleichgestellt werden muss. Das heißt, das Geld muss körperlich vom Sparmittel getrennt werden. (...) ■

Die vollständige Fassung der aus dem Vortrag entstandenen Denkschrift an die deutschen Gewerkschaften von 1922 findet sich in Band 13 der Gesammelten Werke von Silvio Gesell, Gauke Verlag 1992, S. 351ff. Zur Entstehung und zum Einfluss der Inflation hat Gesell sich an anderer Stelle geäußert, dies ändert jedoch nichts an dem Kern seiner Geldtheorie und den daraus zu ziehenden Schlüssen.

Rettet unser Bargeld – mit einer Geldhaltegebühr!

Mit der Einlassung von Deutsche-Bank-Chef John Cryan zu Beginn des Jahres hat eine Diskussion an Fahrt aufgenommen, die skurril und gelegentlich abstrus, kaum aber rational und logisch geführt wird: Sollten wir unser Bargeld abschaffen? Was ist der Hintergrund dieser Diskussion?

Ein nachlassendes Interesse der Konsumenten, wie man meinen könnte, spielt dabei keine Rolle. Wie eh und je nutzen und schätzen die Bundesbürger ihr Bargeld, mehr als die Bürger vieler anderer Staaten.

»Bargeld helfe nur noch Geldwäschern und anderen Kriminellen, ihre Geschäfte zu verschleiern«, äußerte Deutsche-Bank-Chef John Cryan beim Weltwirtschaftsforum in Davos und prophezeite: »Bargeld werde in den nächsten zehn Jahren verschwinden« (SZ 22.1.16). Der Wirtschaftsweisen Peter Bofinger spricht sich schon länger für die Abschaffung des Bargelds aus. »Bei den heutigen technischen Möglichkeiten sind Münzen und Geldscheine tatsächlich ein Anachronismus«, zitierte ihn der Spiegel (21/2015). Mit ihrer Position stehen der Banker und der Ökonom bei weitem nicht alleine da. Beide haben in ihrer jeweiligen Zunft namhafte Verbündete. Auf den außenstehenden Beobachter wirkt die Idee, Bargeld abzuschaffen, wie ein Glasperlenspiel, ausschließlich dazu geeignet, fernab der Realität, intellektuelle Stilblüten zu erzeugen. Verfolgt man jedoch die Diskussion aufmerksam, wird nachvollziehbar, dass die Gegner dieses Vorhabens nervös werden. Es gibt offenbar mächtige Akteure, denen das Bargeld ein Dorn im Auge ist.

Argumente überzeugen wenig

»Rettet unser Bargeld« und »Verhindern Sie die Bargeldabschaffung«, fordern jetzt Prominente von Max Otte, über Sahra Wagenknecht (Die Linke), Dirk Müller (Mr. Dax), Albrecht Schachtschneider, Helge Peukert bis hin zu Frank Schäffler (FDP). Die illustre Runde, die sich hinter einer Petition rettet-unser-bargeld.de von Professor Otte versammelt hat, eint eine Sorge: Mit dem Bargeld würden wir eine Säule des freiheitlichen Rechtsstaates verlieren.

Die Petition macht Stimmung und appelliert an verborgene Ängste: »Wir werden zu Geiseln der Banken. Alle unsere Ein- und Verkäufe werden gespeichert«. Welche Art von Käufen, die nicht schon heute registriert wer-

den, gemeint sind, wird nicht gesagt. Weiter heißt es: »Ohne Bargeld ist der Kleinsparer den Banken völlig ausgeliefert«. Dabei ist es zumindest fraglich, ob man an Freiheit gewinnt, wenn man seine Ersparnisse in Form von Bargeld mit sich herumtragen muss.

Arno Klönne unterstützt diese Ängste im Internetmagazin Telepolis mit der Behauptung, die Bankenwelt wolle die Kleinsparer entmündigen. Klönne will diesen Trend bei Kleinsparern ausgemacht haben: »Bei denen breitet sich die Neigung aus, ihr Geld von der Bank zu holen, in Bares zu verwandeln und dieses zu Haus oder im Tresor aufzuheben«.

Einige Argumente hören sich recht neurotisch an. Zu behaupten, dass die Kleinsparer weniger Angst vor Einbrechern hätten als Vertrauen in ihre Sparkasse, ist doch sehr an den Haaren herbeigezogen. Doch auch die Gründe für ein Bargeldverbot wirken konstruiert und vorgeschoben. Das Argument, man solle Bargeld abschaffen, um dadurch Kriminalität und Terrorismus endlich wirkungsvoll zu bekämpfen, ist so seriös wie der Plan, sämtliche Pkws und Lkws zu verbieten, um das Leben von 2.000 Verkehrstoten pro Jahr zu retten. Aus dem Mund des Deutsche-Bank-Chefs wirkt es geheuchelt bis verlogen, hat sich die Deutsche Bank in den Jahrzehnten ihrer Existenz doch nie durch eine vorbildliche Bekämpfung von Schwarzgeld, Geldwäsche und dubiosen Geschäftskontakten hervorgetan. Ebenso skurril ist die Begründung, man könne das Bargeld abschaffen, da es aufgrund der technischen Alternativen nicht mehr gebraucht würde. Bisher konnte kein anderes Zahlungsmittel dem Bargeld den Rang ablaufen. Es wird nach wie vor geschätzt und genutzt. Sollte sich dies eines Tages ändern und die Bürger ihr Interesse am Bargeld verlieren, wäre die Diskussion nachvollziehbar und es würde wohl auch kaum nennenswert Empörung aufkommen.

Ernster geldpolitischer Hintergrund

Bei den Verfechtern des Bargeldes hat sich ein sehr breites Spektrum ökonomischen Sachverstands versammelt. Doch leider fehlt jeglicher Hinweis auf den monetären Hinter-

grund dieser Debatte, und damit fehlen auch Hinweise auf Alternativen. Der Text von Otte und Co. unterstellt, dass man mit der Abschaffung des Bargelds einen Run auf die Girokonten, wie er bei drohenden Bankenpleiten einsetzt, verhindern möchte. Um dies zu begründen, wirft man jedoch die Stabilität »unseres Geldes« und die Stabilität einzelner Geldinstitute in einen Topf. »Die drohende Bargeldabschaffung hat einen ernstesten Hintergrund: Stabil ist unser Geld schon lange nicht mehr. Der Geld-Abfluss soll verhindert werden, weil unser Finanzsystem faktisch pleite ist.« Ein Run auf die Schalter der Banken ist eine ganz reale Gefahr für ein instabiles Bankensystem. Wenn meine Bank zahlungsunfähig zu werden droht, versuche ich mein Guthaben vorher abzuheben. Welchen Sinn aber soll es haben, Bargeld zu horten, wenn die Währung an sich ihren Wert verliert?

Otte und seine Mitstreiter sollten die geldpolitischen Ursachen der Bargeld-Abschaffungs-Diskussion benennen, statt an niedere Instinkte zu appellieren. Aufgrund des sehr unterschiedlichen ideologischen Hintergrunds der diversen Unterzeichner ist es ihnen vermutlich nicht möglich, sich auf eine Ausformulierung des ökonomischen Hintergrundes dieser Diskussion zu verständigen. Dies ist aber zwingend notwendig, um geeignete Maßnahmen vorschlagen zu können, die eine Bargeldabschaffung unnötig machen würden. Neu an der gegenwärtigen Situation ist ja nicht, dass man mit Bargeld kriminelle Transaktionen verschleiern kann. Neu ist auch nicht, dass die Bundesbürger mit Karte bezahlen oder online Geldgeschäfte abwickeln. Neu ist allerdings, dass eine Flut von Kapital weltweit die Kapitalmarktzinssätze deutlich unter die bisher üblichen 3 % gedrückt hat. Die Kapitalrendite ist so gering, dass sich Investitionen für die Geldhalter immer weniger lohnen. Immer größere Geldbestände fließen in die Spekulation, anstatt investiert oder zumindest langfristig angelegt zu werden.

Ökonomisch ausgedrückt: Geld- und Kapitalmarkt funktionieren immer weniger, seit eine Zinsdifferenz zwischen langfristigen und kurz-



Bargeld – von den Bürgern geliebt, aber geldpolitisch problematisch

fristigen Anlagen kaum noch existiert. Um die Wirtschaft und den Geldkreislauf anzukurbeln, müsste die EZB die Zentralbankzinssätze weiter deutlich in den negativen Bereich absenken. Diese volkswirtschaftlich sinnvolle Maßnahme ist jedoch nicht praktikabel, solange ein kostenloses Ausweichen der Geldhalter in die Bargeldhortung möglich ist. Diese Bargeldhortung ist jedoch keineswegs ein Ausdruck der Freiheit der Kleinsparer. Von Negativzinsen in nennenswertem Umfang sind institutionelle Anleger betroffen, die zwei- bis dreistellige Millionenbeträge auf Girokonten verfügbar halten, sowie Geschäftsbanken – und da kommt John Cryan ins Spiel –, die sich scheuen, überschüssige Liquidität anderen Banken zu überlassen. Schweizer Pensionsfonds haben als erste die theoretische Möglichkeit angedroht, sich wegen des Negativzins liquide Geldmittel in Bargeld auszahlen zu lassen. Beim jetzigen moderaten Niveau der Negativzinsen sind die Kosten für

die sichere Einlagerung noch der Hinderungsgrund, die Drohung nicht wahr zu machen.

(Nahezu) kostenloses Bargeld verhindert derzeit die sinnvolle und notwendige Differenz zwischen Zinssätzen für langfristige Anlagen und kurzfristige Liquidität. Für dieses Problem gibt es theoretisch drei Lösungen: Man kann durch massive Inflationierung hoffen, dass auch die langfristigen Zinssätze wieder steigen – nimmt dabei aber in Kauf, dass weltweit überschuldete Staaten, Kommunen, Firmen und Bürger in den Konkurs gehen. Man könnte alternativ das Bargeld mit einer Nutzungsgebühr von 5 % pro Jahr ausstatten, wie es der Ökonom Silvio Gesell schon vor hundert Jahren begründet und vorgezeichnet hat. Das schafft eine stabile Währung, kostet den einzelnen Bürger zwischen 20 und 80 Euro im Jahr und ermöglicht ein nachhaltiges und solides Null-Zins-Niveau.

Oder man schafft das Bargeld ganz ab, verheimlicht dabei allerdings lieber, dass man die Geldgebühr, die letztlich unumgänglich ist, auf den elektronischen Konten dennoch einführen wird. Da sie dann aber nur in Form von Ziffern auf den Kontoauszügen erscheint, kann man annehmen, dass dies dann weniger Empörung verursachen wird.

Das Bargeld zu verbieten, weil es ein ökonomisch notwendiges Absenken der Zentralbankzinsen verhindert, heißt, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Dem Problem der Zinsuntergrenze, des »Zero Lower Bound«, kann man wesentlich eleganter beikommen. ■

Klaus Willemsen, Autor von »Das Märchen vom guten Zins«, ist langjähriger Referent der INWO.

Vorteile einer effektiven Negativzinspolitik

Prof. Miles Kimball hat Notenbankern weltweit erklärt, wie sie die Nullzinsgrenze durchbrechen können, indem das Bargeld an den Kassen der Zentralbank schrittweise gegenüber dem elektronischen Geld abgewertet wird.¹ In diesem Beitrag beschreibt er die Vorteile solch einer Negativzinspolitik.

Viele derjenigen, die am eifrigsten gegen negative Zinssätze argumentieren, sind wahrscheinlich dieselben, die ansonsten in nahezu jeder Situation für höhere Zinsen und überhaupt für eine strafere Geldpolitik eintreten. Solche monetären »Falken« könnten es natürlich schaffen, dass sich die Normalbevölkerung über Zinssenkungen in den negativen Bereich größere Sorgen macht als über eine vergleichbare Senkung im positiven Bereich – selbst wenn verschiedene Inflationsraten in diesen beiden Situationen diese ökonomisch gesehen gleich machen.

Es gibt jedoch einige grundlegende Argumente, die zur Verteidigung der Negativzinspolitik angeführt werden können:

Das erste – und vielleicht das bedeutsamste – besteht darin, den Menschen wiederholt, idealerweise lange bevor negative Zinssätze tatsächlich benötigt werden, deutlich zu machen, dass die Negativzinspolitik ökonomisch gesehen vollkommen konventionell ist, ab-

gesehen von einigen Details, die den Umgang mit Bargeld betreffen.

Zweitens lohnt es sich, immer und immer wieder zu betonen, dass auch für Sparer tiefe negative Zinssätze für eine kurze Zeitdauer während einer ernsthaften Rezession eine schnelle wirtschaftliche Erholung bringen und daher besser sind als jahrelang anhaltende nominale Nullzinssätze, die zwei Prozentpunkte unterhalb der Inflation liegen, begleitet von einer schleppenden Konjunktur in diesem längeren Zeitraum.

Drittens sollte der Fokus auf die Sparer – der im politischen Denken tief verwurzelt ist – relativiert werden, indem die Vorteile von negativen Zinsen für Schuldner herausgearbeitet werden.

Viertens sollte darauf hingewiesen werden, dass – außer es bliebe bei der bestehenden Politik – Menschen, die Bargeld benutzen, denselben effektiven Zins erzielen wie diejenigen, die ihr Geld auf elektronischen Konten halten, und also nicht unfair behandelt werden. Vielmehr bedeutet die Tatsache, dass Bargeld dann denselben Ertrag erwirtschaftet wie elektronisches Geld, dass es keinen Grund mehr dafür gibt, weniger Bargeld zu benutzen.

Fünftens mag es nützlich sein darzulegen, dass die Zentralbank leicht die Gewährung eines Zinssatzes von null für kleine Giro- und Sparguthaben unterstützen könnte, indem sie diese Maßnahme mit der Menge an Zentralbankreserven verknüpft, die von den negativen Zinsen ausgenommen bleibt. (Neben der Reduzierung der politischen Kosten dadurch, dass Banken darin unterstützt werden, kleine Konten vor negativen Zinsen zu schützen, kann dies unerwünschte Effekte auf die Finanzstabilität oder die Kreditvergabe der Banken vermeiden helfen. Diese unerwünschten Effekte könnten dadurch entstehen, dass die Gewinnmargen der Banken und ihre Bilanzen unter Druck geraten, wenn sich Banken auch ohne irgendeine finanzielle Unterstützung wegen der Wahrung der Kundenbeziehungen entscheiden, kleine Konten von den negativen Zinsen auszunehmen.) Sechstens wollen viele derjenigen, die für höhere Zinssätze argumentieren, auch ge-

»Auch für Sparer bringen tiefe negative Zinssätze während einer ernsthaften Rezession eine schnelle wirtschaftliche Erholung und sind daher besser als jahrelang anhaltende nominale Nullzinssätze, die zwei Prozentpunkte unterhalb der Inflation liegen.«

ringere Inflation. Mit der Überwindung der Nullzinsschranke kann die Zielrate für die Inflation verringert werden, weil eine Inflation der elektronischen Einheiten auf dem Konto nicht notwendig ist, um von der Nullzinsschranke wegzusteuern.

Auch können Staaten, die in bedeutendem Umfang auf Seigniorageerträge angewiesen sind, für welche Zwecke auch immer, Seigniorage dadurch erzielen, dass der Bargeldzinssatz unter den Leitzins gesenkt wird, unabhängig von der Inflationsrate der elektronischen Recheneinheit auf dem Konto. Demnach ist eine Inflation der Recheneinheit nicht notwendig für die Seigniorage, womit ein attraktiver Grund für höhere Inflation beseitigt ist.

Im Zusammenhang mit der Diskussion der Seigniorage mag es sinnvoll sein, darauf zu bestehen, dass ein negativer Zinssatz auf Bargeld keine Steuer ist, wenn er genau dem Leitzins entspricht. Einzig ein Bargeldzinssatz, welcher unterhalb des Leitzinses liegt, stellt eine Steuer dar. Im Gegenteil: Auch wenn das für uns normal ist, ein Nullzins auf Bargeld ist eine Steuer bei positivem Leitzins [der allerdings bisher von den Banken nie an die

¹ Miles Kimball stellt den Vorschlag eines solchen veränderbaren Wechselkurses zwischen Bar- und Buchgeld ausführlich vor in »Negative Interest Rate Policy as Conventional Monetary Policy«, in: National Institute Economic Review (NIER) Nr. 234 vom November 2015. Die deutsche Übersetzung dieses Beitrags findet sich in der Zeitschrift für Sozialökonomie 188-189/2016.





Sogenannte monetäre »Falken«, Anhänger einer restriktiven Geldpolitik, machen Stimmung gegen Negativzinsen – entweder, weil sie zu den Profiteuren hoher Zinsen zählen, oder weil sie die Vorteile einer weitergehenden Negativzinspolitik noch nicht erkennen.

tatsächlichen Bargeldnutzer weitergegeben wurde!!!, d. Red.]; jedoch ist ein negativer Zinssatz auf Bargeld keine Steuer, wenn der Leitzins gleichfalls negativ ist. Siebtens bedeutet die Möglichkeit tiefer negativer Zinssätze, dass die Gesamtnachfrage nicht länger knapp ist. Daher gibt es – vielleicht mit Ausnahme der rund neun Monate langen Verzögerung, bevor die Geldpolitik wirkt – keine Notwendigkeit für andere Maß-

»Die Möglichkeit tiefer Negativzinsen macht eine Geldmengenausweitung durch Quantitative Easing zur Steuerung der Gesamtnachfrage überflüssig.«

nahmen, um die Gesamtnachfrage anzuregen.

Sind negative Zinssätze akzeptiert, so kann die Fiskalpolitik sich auf die lange Frist konzentrieren und eine gute Politik für die Steuerzahler machen, statt Konjunkturpakete aufzulegen. Dies wiederum beseitigt einen

wichtigen Grund für den Anstieg der Staatsverschuldung. Die Möglichkeit tiefer Negativzinsen macht eine Geldmengenausweitung durch Quantitative Easing zur Steuerung der Gesamtnachfrage überflüssig. Und die Möglichkeit negativer Zinssätze bewirkt, dass viele andere Dinge, die manch einer befürwortet, weil sie die Gesamtnachfrage erhöhen, nun auch andere Vorteile bieten müssen, zusätzlich zu den Auswirkungen auf die Gesamtnachfrage.

Und nicht zuletzt sollten die Gewinne für die wirtschaftliche Stabilisierung hervorgehoben werden. Die Große Rezession war kein Zuckerschlecken. Tiefe negative Zinssätze während des Jahres 2009 – im Bereich zwischen -4 % und -7 % – hätten eine robuste Erholung Anfang bis Mitte 2010 bringen können. Die Output-Lücken, unter denen die Welt in den folgenden Jahren litt, waren alle Teil der Kosten der Nullzinsgrenze. Diese Output-Lücken brachten nicht nur hohe unmittelbare Kosten mit sich, sondern sie hielten auch die Politiker davon ab, sich um andere wichtige Dinge zu kümmern. Zum Beispiel führte die spätere Phase der Großen Rezession, die durch eine Negativzinspolitik hätte vermieden werden können, zu einer ziemlich unfruchtbaren Debatte in Europa über fiskalische Stimulation und Austerität, wobei angebotsseitigen Reformen relativ wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Außerdem

führte die spätere Phase der Großen Rezession, die durch Negativzinsen hätte vermieden werden können, zum Zusammenbruch vieler Regierungen, für die die politischen Vorteile negativer Zinspolitik immens gewesen wären. Ebenso gilt für die Zentralbanken, dass sie ihr Ansehen nur dann wahren werden, wenn sie ihre Arbeit wirklich durchführen können.



Miles S. Kimball ist Ökonomie-Professor an der University of Michigan (USA) und wissenschaftlicher Mitarbeiter des National Bureau of Economics Research (NBER). In seinem Blog »Confessions of a Supply Side Liberal« tritt er seit langem engagiert für die Abschaffung der Untergrenze für nominale Zinsen (ZLB) ein: blog.supplysideliberal.com

Kurzbericht zur **GV der INWO Schweiz**

Am 9. April dieses Jahres fand unsere GV in Basel statt. Die Traktanden wurden zügig behandelt und verabschiedet. Nachfolgend ein paar Details:

Umbenennung der Zeitschrift

Die Mitgliederzeitschrift »r-evolution« wird neu in »FAIRCONOMY« umbenannt. Die deutsche INWO hat diese Umbenennung bereits 2005 vollzogen. Die Schweizer taten sich schwerer, sich von dem geschichtsträchtigen Titel »evolution« (1958-2001) bzw. »r-evolution« (ab 2001) zu trennen. Es gab in der Schweiz seit Jahren immer wieder Diskussionen zum Titel der Mitgliederzeitschrift. »Fairconomy« war den meisten zu »fremdsprachig«. Doch heutzutage, wo auch »Fairtrade« usw. in unserem Sprachgebrauch üblich ist, stimmten alle Anwesenden zu. Ab dieser Ausgabe heisst auch die Mitgliederzeitung der INWO Schweiz »Fairconomy«.

Aktionen und Themenschwerpunkte im Jahr 2016 werden wieder SUFO, Vernetzungswanderung, Veranstaltungen des Vereins DANACH, Gelddebatten usw. sein. Informationen sind stets zu finden unter: www.inwo.ch/termine

Nachfolger und Aktive gesucht!

Der Vorstand der INWO Schweiz sucht nach wie vor aktive junge Nachfolgerinnen/Nachfolger. Der aktuelle Vorstand hat seinen Fokus vorwiegend beim Thema Vollgeld. Zudem wird die INWO Schweiz bis zur Abstimmung am 5. Juni 2016 aktiv das Bedingungslose Grundeinkommen so gut es geht unterstützen. Danach werden die Bodenthemen wieder in den Vordergrund treten. Heinz Girschweiler von der NWO-Stiftung Belcampo informierte, dass in verschiedenen Kantonen die Menschen für das Thema Boden sensibilisiert sind. Das Thema Abschaffung der 1000-Franken-Note konnte niemand aktiv aufnehmen; zur Zeit werden die neuen Noten in Umlauf gebracht. Der INWO Schweiz fehlen die Täter – Ideen sind zur Genüge vorhanden!

Fortlaufend werden Vollgeld-Vorträge und Informationsveranstaltungen stattfinden. Diese können auch über das INWO-Sekretariat gebucht werden: buer@inwo.ch. Finanziell haben wir leider einen Verlust von rund CHF 4'500.00. In den nächsten Jahren sollten wir unsere Mitgliederzahlen und Einnahmen steigern, damit wir weiterhin unsere wichtige Arbeit voranbringen können. Die INWO Schweiz hat eine sehr lange Tradition unter den Vereinen zum Thema Geld und war außerdem eine Geburtshelferin für die Vereine TALENT, MoMo (Vollgeld), DANACH usw. Es bleibt immer noch genug zu tun für uns, auch wenn die Zinsen heute bis in den negativen Bereich hinein gesenkt wurden.

Hendrik Barth gibt sein Vorstandsamt ab und wird in Zukunft seine Dynamik als Mitglied zur Verfügung stellen. Der Vorstand verdankt die grosse Arbeit, die Hendrik geleistet hat. Er ist der künstlerische Gestalter der Karte »Krise kommt, Krise geht«, eines Geldbrunnens, des INWO-Legat-Heftes, des Geschichtenbuches zum Thema »Wasser und Geld – Ein Beziehungssystem« und vielem mehr. Wir lassen Hendrik nur ungerne ziehen und

wünschen ihm für die Zukunft alles Gute! Martin Schmid verlässt den Vorstand leider ebenfalls, bleibt uns aber als Revisor erhalten.



Der Vorstand setzt sich neu wie folgt zusammen: Daniel Meier und Hansruedi Weber als Co-Präsidium (wie bisher), Roland Stebler und Alec Gagneux als weitere Vorstandsmitglieder (wie bisher). Im Sekretariat bleibt Monica Gassner-Rusconi verantwortlich, und als Revisoren Andy Patzen (wie bisher) sowie Martin Schmid (neu) anstelle von Jakob Koch, welcher altershalber sein langjähriges Amt als Revisor bei der INWO abgegeben hat. Die INWO Schweiz bedankt sich herzlich bei Jakob Koch für seine langjährige Arbeit und wünscht ihm weiterhin alles Gute.

Diskussionsbeiträge von Eberhard Knöller und Daniel Häni

Unser Ehrenmitglied Eberhard Knöller nimmt sich immer wieder Zeit, sich Gedanken zum Thema Geld zu machen. Seine Schriften sind unter www.inwo.ch/Themen/Freiwirtschaft zu finden. An der GV warb er für das Buch »Das nächste Geld« vom Zeitpunkt Verlag und hielt einen kurzen Vortrag zum Thema Geldmenge. Damit diese immer gleich bliebe, wäre aus seiner Sicht eine lohnstabile Währung gut. Heute herrscht eine preisstabile Währung, dadurch bleiben die Preise gleich und die Löhne verändern sich. Er unterstützt auch die Umlaufsicherung, welche bereits von Silvio Gesell propagiert wurde. Der ausführliche Beitrag von Eberhard Knöller ist auf der INWO-Homepage zu finden. Wir danken Eberhard Knöller für seine Inspiration.

Wenn das Geld schneller zirkuliert, braucht es weniger Geld. Bei einer Geldnutzungsgebühr über den gesamten Geldfluss könnte die Zentralbank diese gleichmässig wieder an die Bürger auszahlen. Eine solche Kombination von Vollgeld, Bedingungslosem Grundeinkommen und Freiwirtschaft sollte weiter diskutiert werden. Im zweiten Teil der GV kam Daniel Häni vom Unternehmen Mitte. Er ist einer der Initianten des Bedingungslosen Grundeinkommens. Wir führten eine interessante Diskussion und danken Daniel Häni für seine aktuellen Informationen und seine Zeit.

Nehmen Sie mit uns Kontakt auf!

Postadresse:
INWO Schweiz
Postfach 3161
5430 Wettingen 3

Tel.: 056 - 426 60 90
E-Mail: buer@inwo.ch

Gemeinnützige Spenden

Mit einer namhaften Spende auf das Förderfonds-Konto bei der Freien Gemeinschaftsbank erweitern Sie unsere Möglichkeiten, uns für eine natürliche Wirtschaftsordnung einzusetzen und das freiwirtschaftliche Gedankengut zu fördern.

Mit einer INWO-Projektspende können Sie ein Ihnen wichtiges Anliegen direkt unterstützen. Alle diese Spenden sind steuerabzugsberechtigt.

PC 40-963-0
Förderfonds
Freie Gemeinschaftsbank,
Gerbergasse 30,
4001 Basel
IBAN: CH26 0839 2000
0282 2031 5
Vermerk (wichtig!):
INWO-Spende

Neues von der **NWO-Stiftung Belcampo**

Die GV der NWO-Stiftung Belcampo war am 2. April und der Jahresbericht konnte noch nicht an alle versandt werden. Er wird jedoch baldmöglichst auch auf der Homepage der INWO Schweiz aufgeschaltet. NWO feiert dieses Jahr sein 30 Jahr-Jubiläum. Leider verstarb im vergangenen Jahr Othmar Metzger im Alter von 85 Jahren. Heinz Girschweiler und Othmar Metzger galten als »Traumpaar« der NWO, da sie sich fachlich sehr gut ergänzten und optimal zusammenarbeiten konnten. Zur Zeit besteht der Vorstand aus sieben Stiftungsräten und ist auf der Suche nach neuen Stiftungsräten mit Fachwissen im Bereich Bau/Planung.

Zwei erfolgreiche Bodeninitiativen

Heinz Girschweiler ist sehr erfreut, dass die Bodeninitiative 2015 im Kanton Basel Stadt mit einem sensationellen Ergebnis angenommen wurde: 67% stimmten für ein Gesetz, das den Bestand an Land im Kantons-eigentum sichert (Verkäufe bleiben möglich, müssen aber kompensiert werden) und die Abgabe von Kantonsland im Erbbaurecht zum Standard erhebt (nähere Informationen: www.neue-bodeninitiative.ch). Am gleichen Sonntag wurde auch in Emmen eine Bodeninitiative mit 51% zu 49% Stimmen überraschend angenommen, denn ausser den Grünen und der SP waren alle Parteien dagegen.

Außerdem berichtete Heinz über ein Projekt in Trubach, welches von NWO begleitet wird. Für die Zukunft wird als erstes Vorhaben die Forderung einer umfassenden eidgenössischen Bodenstatistik erhoben. Vor ca. 30 Jahren fand bereits ein Vorstoss hierzu im Parlament statt, wurde auch behandelt, ist dann aber irgendwo »verschunden«. Heinz findet es erstaunlich, dass »Bern am Tag nach der Geburt eines Kalbes auf einer Alp davon Kenntnis bekommt und andererseits keine Ahnung hat, wem bei den vielen Bodenverkäufen in der Schweiz der Boden gehört«. Das muss geändert werden. Das zweite NWO-Vorhaben ist ein Vergleich der Baurechtsverträge verschiedener Bodenstiftungen. Daran soll dann ein Leitfaden für solche Stiftungen entstehen.

Aufruf an alle: Kommunalen Landverkauf melden!

Der Aufruf an alle von den vergangenen Jahren gilt immer noch: Bitte meldet der NWO-Stiftung Belcampo, falls in der eigenen Gemeinde Land verkauft werden soll. Die NWO-Stiftung Belcampo wird reagieren. DANKE. Mehr Infos unter: www.nwo-stiftung.ch

Monica Gassner-Rusconi



SCHWEIZ

5. Juni: Ja zum **Bedingungslosen Grundeinkommen!**

Am 5. Juni 2016 kann in der Schweiz über ein Bedingungsloses Grundeinkommen abgestimmt werden. Seit 2009 beschäftige ich mich mit diesem Thema und bin stolz auf die vielen Initianten, welche hinter dem BGE stehen und mit vielen Helferinnen und Helfern auch die über 100'000 Stimmen bis zur Abgabe der Initiative in Bern am 4. Oktober 2013 gesammelt haben. Dass diese Vorlage so schnell vor das Volk kommt, hätte ich nicht gedacht. Doch wahrscheinlich ist Bundesbern froh, wenn sie diesen »Ballast« wieder vom Tisch haben. Leider schlugen die meisten Parlamentarier ein Nein vor. Selber werde ich ein grosses JA in die Abstimmungsurne legen.

Zur Zeit wird das BGE auch mit der Einwanderungspolitik verknüpft und viele meinen, wenn die Schweiz ein BGE hätte, gäbe es noch mehr Menschen, die bei uns einwandern möchten. Aber auch hierfür werden findige Köpfe Regelungen entwickeln. Wir Menschen sind sehr erfinderisch und es wird immer und überall solche geben, die stets eine Hintertür suchen, um sich selber zu bereichern. Sei es durch Steuerhinterziehung, Panama Papers oder anderswie.

Einkommen aus Eigentum unterbinden

Mit der Chance des BGE würden auch einmal Menschen einfach etwas bekommen, welche keine Vermögen haben. Nicht viele können sich auf grosse Erbschaften oder grosse Vermögen abstützen. Die Wenigen, die das können, dürfen heute schon ein »BGE« durch die Zinsen, ökonomischen Renten und Dividenden beziehen, welche sie ohne ihr Dazutun einfach infolge ihrer vielen Wertanlagen bekommen. Solche leistungslosen Einkommen aus Eigentum müssten unterbunden oder (für ein allgemeines BGE!) abgeschöpft werden.

Nachfolgend zitiere ich einen Flyer der Bewegung 9. Januar – Frauen für das bedingungslose Grundeinkommen (verantwortlich ist Elli von Planta, Böttmingen), welchen ich gerne mit vielen Frauen (und Männern) teilen möchte:

Keine Angst – nur Mut!

Mit einem bedingungslosen Grundeinkommen würden
2% bestimmt aufhören wollen zu arbeiten
54% sich weiterbilden
53% sich mehr Zeit für die Familie nehmen
22% würden sich selbstständig machen
35% nachhaltiger konsumieren

59% der unter 35-jährigen glauben, dass das Grundeinkommen irgendwann eingeführt wird.

Wenn wir mit JA stimmen, wird eine Diskussion und Debatte darüber stattfinden,

- in was für einer Welt wir leben wollen,
- welche Werte uns wichtig sind,
- was wir uns das kosten lassen,
- wie hoch ein Grundeinkommen schliesslich sein müsste und
- wie wir das finanzieren wollen.

Und es wird Gesetzesvorlagen, Vernehmlassungen, Referenden und Abstimmungen geben, mit denen wir auf jeden Schritt der weiteren Entwicklung Einfluss nehmen können.

Die Abstimmung vom 5. Juni 2016 »Für ein bedingungsloses Grundeinkommen« kann von den FRAUEN gewonnen werden.

Mit 1,2 Millionen JA-Stimmen

- 45% der stimmberechtigten Frauen oder
- 97% der stimmenden Frauen (bei einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von 47%)

Auch die AHV, das Frauenstimmrecht und die Mutterschutzversicherung waren einmal eine Utopie.

Monica Gassner-Rusconi

Neue Homepage ist online: www.INWO.de



Hurra, unser neuer Internetauftritt www.INWO.de ist freigeschaltet! Im neuen Layout, nun auch für mobile Endgeräte geeignet, können wir uns wieder sehen lassen. Ein großes Dankeschön an unseren Webmaster Martin Welch!

Gleichzeitig haben wir die Seite jetzt übersichtlicher gestaltet. Unter »Aktuelles« finden sich nun immer die

neuesten Medienkommentare, Fairconomys, Newsletter und Blogbeiträge. Außerdem sind aber auch all diese Bereiche über ein Archiv erschlossen. Bei der Zeitschrift kann nun nach bestimmten Autoren gesucht werden, bei den Medienkommentaren nach bestimmten Themen. Mehrmals wöchentlich stellen wir neue Texte zu aktuellen Berichten online: www.inwo.de/medienkommentare/

Indem wir mit Anzeigen im Netz direkt auf neue Inhalte leiten, finden uns täglich rund 350 neue Besucher, die ganz gezielt nach Information zu Negativzinsen, zur möglichen Bargeldabschaffung oder zur Bodenreform suchen. Auf diese Weise konnten wir die Zugriffszahlen unserer Webseite deutlich steigern. Seit Beginn der Kampagnen kamen über 30.000 Besucher auf

unsere Seite.

Möchten Sie unsere Arbeit unterstützen?
Unsere Kontoverbindung lautet:

INWO e.V., IBAN: DE32 4306 0967 6010 4514 00
bei der GLS Gemeinschaftsbank, BIC: GENODEM1GLS

Einladung zur Mitgliederversammlung 2016

Die diesjährige Mitgliederversammlung findet am **Samstag, den 30. Juli, von 16.00-18.30 Uhr** in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal statt.

Eingebettet in das Programm des 3. Sommercamps des »Lernort Wuppertal« bieten wir vormittags und am frühen Nachmittag zwei Vorträge zur Diskussion an:

10-12 Uhr Vlado Plaga: »Ein Grundeinkommen, das die Natur schützen hilft«

Ein bedingungsloses Grundeinkommen aus abgeschöpften Bodenrenten und ökologischen Abgaben macht Umweltschutz für alle attraktiver und daher viel leichter politisch durchsetzbar.

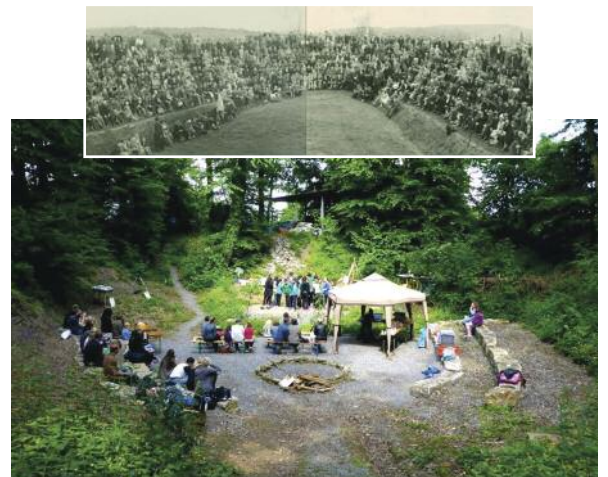
13-15 Uhr Beate Bockting: »Endlich nicht mehr wachsen müssen... dank Freigeld«

Die Rezessionen nach Ausbruch der Finanzkrisen brachten wirtschaftliche und soziale Probleme mit sich. Doch ein Schrumpfen oder zumindest Nicht-mehr-Ansteigen des Bruttoinlandsprodukts könnte auch sozialverträglich vonstatten gehen.

Im Anschluss (ab 16 Uhr, nach der Kaffeepause) werden wir unsere MV abhalten. Über notwendige Satzungsänderungen werden wir Sie noch gesondert informieren.

Das Sommercamp des »Lernorts« findet vom 25. Juli bis 7. August an der Freilichtbühne Wuppertal statt. Weitere Infos zum Lernort und zum Sommercamp gibt es hier: www.lernort-wuppertal.de

Adresse: Silvio-Gesell-Tagungsstätte, Schanzenweg 86, 42111 Wuppertal



Die Ränge der Wuppertaler Freilichtbühne füllen sich bald wieder wie ehedem, dank des Einsatzes von Jonathan Ries und vieler »Steinpaten«

Aktive gesucht!

Um mehr bewegen zu können, suchen wir Mitglieder, die bereit sind, aktiv in der INWO mitzuarbeiten. Da viele von Euch genauso unter Zeitmangel leiden dürften wie wir, haben wir eine Liste begrenzter Aufgaben erstellt, für die Ihr euch zur Verfügung stellen könntet. Wir freuen uns über Rückmeldungen und ggf. eigene Angebote. Bitte schreibt dazu eine Mail mit dem Betreff »Mitarbeit« an: INWO@INWO.de

1. Testleser für www.INWO.de, die uns auf mögliche Fehler hinweisen und Anregungen geben
2. Übersetzer von Texten auf unserer Homepage in andere Sprachen, insbesondere Englisch
3. Leute, die sich mit CMS-Systemen, insbesondere Typo3, auskennen und unseren Administrator Martin Welch in Teilbereichen unterstützen können
4. Leute, die sich mit den sozialen Netzwerken auskennen und die INWO dort präsenter machen
5. Leute, die Fotos und andere Illustrationen für unsere Homepage suchen, diese im entsprechenden Format anliefern und die Bildrechte klären
6. Leute, die unsere Adwords-Kampagnen weiterentwickeln und auswerten
7. Leute, die zu bestimmten Themen und Personen Google Alerts anlegen und auswerten (z.B. zu »Negativzinsen«, »Bargeldabschaffung«, »Landgrabbing«, »Erbpacht« etc.), gern auch abgestimmt auf eigene Spezialinteressen
8. Standbetreuer (z.B. für den Kirchentag 2017 in Berlin)
9. Mitglieder, die Spezialkenntnisse einbringen und erweitern wollen, insbesondere in den Bereichen Bodenreform, Grundsteuer, Landgrabbing, Klimaproblematik, Ressourcenverteilung, Handelsabkommen wie TTIP und CETA, Gesundheits- und Sozialsysteme, Einkommens- und Vermögensverteilung, Digitalisierung des Zahlungsverkehrs – alles in Zusammenhang mit den freiwirtschaftlichen Ansätzen
10. Autoren, die Beiträge für die Fairconomy oder für unsere Homepage verfassen, z.B. zum Thema kapitalgedeckte gegen umlagefinanzierte Rente
11. Leserbriefschreiber
12. Leute, die in verschiedenen Foren im Internet aktiv sind und dort Links zu unserer Homepage, insbesondere zu unseren aktuellen Medienkommentaren setzen
13. Leute, die sich um die Verwertung unseres Lagerbestands an Büchern und Zeitschriften kümmern, z.B. Bibliotheken anschreiben

Werden Sie INWO-Mitglied!

Am Bedarf der Menschen und nicht länger am Bedarf des Kapitals orientiertes Wirtschaften ermöglicht ein friedliches Miteinander, zwischen Menschen, zwischen Völkern und auch im Zusammenwirken von Mensch und Natur. Nur so lassen sich langfristig die Ursachen von Flucht und Vertreibung überwinden.

Einen Aufnahmeantrag finden Sie auf S. 22.

Abonnieren Sie hier unseren Newsletter: www.inwo.de/newsletter/

Nehmen Sie mit uns Kontakt auf!

Mitgliedsanträge:

INWO e.V.

Wallstr. 97

50321 Brühl

Oder per E-Mail an: mitglieder@INWO.de

Beitragsverwaltung: finanzen@INWO.de

Vorstand/Redaktion:

INWO e.V.

Redaktion FAIRCONOMY

Aldruper Brink 75, 48268 Greven

E-Mail: INWO@INWO.de

oder redaktion@INWO.de



Mitgliederbetreuung in neuen Händen

Im März hat Annette Blank unsere Mitgliederverwaltung übernommen:

INWO e.V., Annette Blank

Wallstr. 97, 50321 Brühl

Tel. 0 22 32 - 15 63 68, Bürozeit: freitags, 11-15 Uhr, E-Mail: mitglieder@INWO.de

Buchvorstellungen

Frank Niessen: Entmachtet die Ökonomen! Warum die Politik neue Berater braucht. Tectum Verlag, Marburg 2016, 168 S., 17.95 €, ISBN 978-3-8288-3623-5

Man wünscht sich, dass jeder VWL-Student dieses Buch schon im ersten Semester in die Hand bekommt, statt Jahre später! Denn

vielen Studenten geht es wahrscheinlich wie Frank Niessen, der selbst in Aachen VWL studierte: »Bei aller Begeisterung blieb mir das Fach aber i r g e n d w i e fremd. Ob- schon ich meine Prüfungen mit Bravour meisterte und mein Studium sogar als Jahrgangsbester

abschloss, hatte ich zu keiner Zeit das Gefühl, mich in wirtschaftlichen Fragen wirklich gut auszukennen.« Er wurde dann lieber Lehrer, aber die großen Fragen, »deren Beantwortung mir im Rahmen meines Universitätsstudiums verwehrt blieb«, ließen ihn nicht los: Worin liegen die tiefen Wurzeln der aktuellen Krisenerscheinungen? Und was kann man tun, um die vielfältigen Krisen unserer Zeit zu überwinden?

In der Finanz- und Schuldenkrise, die auch er nicht vorhergesehen hatte, öffnete Niessen sich für alternative ökonomische Ansätze, die ihm zuvor als »unseriös« erschienen waren. So begann er im Selbststudium ein zweites Mal Ökonomie zu studieren und erkannte, dass ihn »viereinhalb Jahre VWL-Studium an der Universität aufs falsche Gleis gesetzt hatten«. Zum Beispiel beim Modell des idealen »Gleichgewichtslohns«, das begründet, dass zur Senkung der Arbeitslosigkeit die Löhne gekürzt werden müssten.

An anderer Stelle wird zwar nicht direkt Falsches gelehrt, entscheidende Dinge jedoch ausgeblendet. In Sachen Geldschöpfung beispielsweise beleuchten Lehrbücher die verschiedenen Instrumente der Zentralbanken, nicht aber den Umstand, dass »neues Geld meistens auch neue Schulden mit sich bringt«.

Als größtes Beispiel für »die realitätsferne Herangehensweise der akademischen Lehrbuchökonomie« nennt Niessen schließlich die Wachstumsfixiertheit der »Wirtschafts-

experten« und kommt zu dem Schluss: »Wenn man sich die Fakten anschaut, entpuppt sich der unter Ökonomen weit verbreitete ökologische Optimismus schnell als spekulativ, wenn nicht gar – vorsichtig formuliert – als naiv.«

Die tieferen Wurzeln für das »Versagen der Wirtschaftswissenschaften« sieht Niessen allerdings nicht in der »realitätsfremden Methodik«, sondern in der »Wirtschaftswissenschaft als Herrschaftsmythos«:

»Würden die Ökonomen die tieferen Ursachen der gegenwärtigen Krisen *umfassend* deuten, müssten sie konsequenterweise wirtschaftspolitische Empfehlungen formulieren, die aus heutiger politischer Perspektive als subversiv gälten.« Wachstum stabilisiere heute unser System. Ausbleibendes Wachstum stürze es in erbitterte Verteilungskämpfe. Ein entspannter Umgang mit Null- oder Negativwachstum erforderte demgegenüber eine Wirtschaftsordnung, die ohne Gewinnstreben auskäme. »Eine Wirtschaft *ohne* Gewinnstreben bedeutete allerdings eine Abkehr von der bisherigen kapitalistischen Marktwirtschaft.«

In Kapitel 3 widmet sich der Autor dann ausführlich dem »unterschätzten Übel« Zins, um dann über »Leitlinien für eine neue Wirtschaftswissenschaft« (Kap. 4) nachzudenken und als alternativen wirtschaftspolitischen Ansatz »die Regulierung von Sozialprodukt, Einkommensströmen und Bevölkerungszahl« (Kap. 5) zu empfehlen. In Kapitel 6 schließt er mit »Überlegungen zur ethischen Dimension« solcher Regulierung ab. So wundert es nicht, dass der St. Galler Wirtschaftsethiker Prof. em. Peter Ulrich das Geleitwort schrieb und darin das »Aufbrechen der ideologieträchtigen Selbstgenügsamkeit der herrschenden Wirtschaftstheorie und die Rückgewinnung des ethisch-politischen Gestaltungshorizonts« begrüßt.

Giacomo D'Alisa, Frederico Demaria und Giorgios Kallis (Hrsg.): Degrowth – Handbuch für eine neue Ära. oekom Verlag, München 2016, 272 S., 25.00 €, ISBN-13: 978-3-86581-767-9

»To green grow or to degrow, that is the question«, würde Shakespeare wohl sagen, um den aktuellen Stand der Nachhaltigkeitsdebatte zu pointieren«, schreibt der deutsche Begründer der Postwachstumsökonomie, Niko Paech, im Vorwort zur deutschen Ausgabe dieses Buches. Grünes Wachstum oder Schrumpfung? – was braucht die Welt? Paech steht ganz klar auf der Seite der Degrowther.

Der Begriff stammt ab vom französischen »décroissance« (Abnahme, Schrumpfung) und wurde erstmals 1972 von dem französischen Intellektuellen André Gorz in der hier interessierenden Bedeutung verwendet. Gorz stellte die Frage: »Ist das Gleichgewicht der Erde, für das Null-Wachstum – oder sogar *décroissance* – der materiellen Produktion notwendige Bedingung ist, vereinbar mit dem Überleben des kapitalistischen Systems?« Der Schwerpunkt der damaligen Degrowth-Debatte, die insbesondere von Nicholas Georgescu-Roegen inspiriert war, lag auf den begrenzten Ressourcen.

In der zweiten Phase, die 2001 begann, war die treibende Kraft die Kritik an der vorherrschenden Idee der »nachhaltigen Entwicklung«, die insbesondere von dem Wirtschaftsanthropologen Serge Latouche als ein Gegensatz in sich entlarvt wurde. Als sich Umweltaktivisten und Wissenschaftler im Zuge einer Pariser Konferenz 2002 zusammantaten, gewann die neue Bewegung an Fahrt. Der englische Begriff »degrowth« wurde erstmals 2008 bei der ersten Degrowth-Konferenz in Paris offiziell verwendet. Sie wurde von TeilnehmerInnen aus etwa 30 Ländern besucht, was die internationale Verbreitung der Wachstumskritiker deutlich macht. Diese Konferenz wurde u.a. organisiert von der Denkfabrik Research & Degrowth aus Barcelona, deren Mitglieder auch die drei Herausgeber des Handbuches sind. Es ist ein Gemeinschaftswerk vieler Autorinnen und Autoren der Bewegung und gibt einen Überblick über die Entstehung, die theoretischen Grundlagen, Kernbegriffe wie Autonomie, Commons oder Peak Oil, Handlungsmöglichkeiten wie Regionalgeld, Grund- und Höchst Einkommen oder Ökoge-meinschaften und nennt zum Schluss wichtige Bündnispartner wie die lateinamerikanische »Buen Vivir«-Bewegung oder die feministische Ökonomie. Kurzum: »Dieses Buch gehört auf jedes wachstumskritische Nachtschränkchen« (Niko Paech).

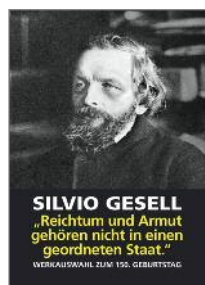
Beate Bockting





Bestellen Sie weiterführende Literatur aus unserem Shopangebot!

Aktuell



☐ **Silvio Gesell: »Reichtum und Armut gehören nicht in einen geordneten Staat«.** **Werkauswahl zum 150. Geburtstag.**

Ganz im Sinne von Gesells Hoffnung, die er 1928 zum Ausdruck brachte, soll diese Werkauswahl ein größeres Interesse an vertiefenden Studien wecken: »Das, was ich will, ist nicht Sache eines Menschen. Ich konnte die Richtung angeben. Das Übrige tun andere.« Heute könnte sich eine historische Chance zur Verwirklichung der Geld- und Bodenreformgedanken ergeben. Sie sollte genutzt werden, denn heute gilt wieder, was Gesell kurz vor dem Ersten Weltkrieg anmahnte: »Warten wir nicht die Wirtschaftskrise, den Bruder- und Völkerkrieg ab, um eine geistige Arbeit zu verrichten, wozu Ruhe und Frieden unentratbare Voraussetzungen sind. Jetzt ist die Zeit, die Währungsfragen zu erörtern.«

Pb., 230 S., Verlag für Sozialökonomie 2011, 19.90 €, Art.Nr. E2



☐ **Fritz Schwarz: Das Experiment von Wörgl.** **Ein Weg aus der Wirtschaftskrise.**

Das Experiment von Wörgl war der bekannteste praktische Versuch, die Freiwirtschaftslehre von Silvio Gesell umzusetzen. Es wurde nach eineinhalb Jahren von staatlicher Seite verboten. In der Zwischenzeit jedoch (1932/33) erlebte die Gemeinde Wörgl in Österreich mit ihrem Freigeldversuch einen ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwung inmitten der Weltwirtschaftskrise.

Broschiert, 89 S., Synergia Verlag 2007, 10.01€, Art.Nr. K9

Standardliteratur zur Geld- und Bodenreform

☐ **Helmut Creutz: Das Geldsyndrom 2012**, Broschiert, 483 S., Hochschulverlag 2012, 16.80 €, Art.Nr. A3

☐ **Arno Gahrman: Wir arbeiten, und nicht das Geld. Wie wir unsere Wirtschaft wieder lebenswert machen**, 224 S., Westend Verlag 2013, 17.99 €, Art.Nr. D5

☐ **Margrit Kennedy: Occupy Money. Damit wir zukünftig ALLE die Gewinner sind**, Broschiert, 112 S., Kamphausen Verlag 2011, 9.95 €, Art.Nr. I3

☐ **Christian Kreiß: Profitwahn. Warum sich eine menschengerechtere Wirtschaft lohnt**, Broschiert, 232 S., Tectum Verlag 2013, 17.95 €, Art.Nr. C9

☐ **Dirk Lohr: Die Plünderung der Erde. Anatomie einer Ökonomie der Ausbeutung. Ein Beitrag zur Ökologischen Ökonomie**, Broschiert, 485 S., Verlag für Sozialökonomie 2009, 34.00 €, Art.Nr. E5

☐ **Dirk Lohr: Prinzip Rentenökonomie. Wenn Eigentum zu Diebstahl wird.** Mit einem Geleitwort von Gerhard Scherhorn, 198 S., metropolis Verlag 2013, 22.00 €, Art.Nr. I5

☐ **Werner Onken: Geld- und bodenpolitische Grundlagen einer Agrarwende**, Broschiert, 125 S., Verlag für Sozialökonomie 2004, 8.00 €, Art.Nr. C6

☐ **Klaus Popp: Das Märchen vom guten Zins**, Gebundene Ausgabe, 180 S., Signum Verlag 2006, 7.95 €, Art.Nr. A7

☐ **Gerhard Senft (Hg.): Land und Freiheit. Zum Diskurs über das Eigentum von Grund und Boden in der Moderne**, 198 S., Promedia Verlag und Verein Kritische Geographie 2013, 15.90 €, Art.Nr. I9

☐ **Wera Wendnagel: Mama Moneta oder die Frauenfolge** Pb., 201 S., Neuauflage INWO 2012, 9.80 €, Art.Nr. C9

☐ **Kostenloses INWO-Werbematerial** zum Weitergeben oder zum Verteilen, Versandkostenpauschale: 3.50 €

Im **INWO-Shop auf der Homepage** können Sie weitere Literatur sowie Werbematerial wie Bierdeckel, T-Shirts usw. bestellen.
www.INWO.de/shop

Versandbedingungen

Die angegebenen Preise sind Bruttopreise und enthalten bereits die Mehrwertsteuer von 7% für Schriften und Bücher bzw. 19% bei allen anderen Artikeln. Für Bestellungen innerhalb Deutschlands, mit einem Bestellwert unter 20 Euro, berechnen wir zusätzlich 3.50 € (inkl. 19% MwSt.) Versandkosten. Ab 20 € Bestellwert liefern wir versandkostenfrei. Innerhalb Deutschlands verschicken wir gegen Rechnung. Sendungen ins Ausland versenden wir nur noch gegen Vorkasse. Unsere Allgemeinen Geschäftsbedingungen und die Widerrufsbelehrung finden Sie unter www.inwo.de/shop/allgemeine-geschaeftsbedingungen/

Rechnungsadresse

Vorname*

Name*

Straße*

PLZ*

Stadt*

Land*

Telefon

Email*

Bemerkung: (Hier können Sie auch eine abweichende Lieferadresse angeben)

Ort, Datum

Unterschrift

Hinweis: Felder mit * sind Pflichtfelder. Ihre Daten werden nicht an Dritte weitergegeben!



INITIATIVE FÜR NATÜRLICHE WIRTSCHAFTSORDNUNG

INWO Deutschland e.V.
Postfach 90 02 06
60442 Frankfurt am Main
Tel.: 02 31 – 44 99 58 55
E-Mail: INWO@INWO.de

Aufnahmeantrag

Ich möchte förderndes Mitglied der INWO Deutschland e.V. werden!

- ☐ Ich zahle jährlich 48 Euro (regulärer Beitrag inklusive Zeitschrift).
☐ Ich zahle jährlich 24 Euro (ermäßigt nach Selbsteinschätzung inklusive Zeitschrift).
☐ Ich zahle jährlich 12 Euro (Bezug der Zeitschrift solange der Vorrat reicht).

☐ Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von jährlich _____ Euro.

Eine Bescheinigung für steuerbegünstigte Zuwendungen (Mitgliedsbeitrag und Spenden) wird ab jährlich 100 Euro oder auf Wunsch ausgestellt. Zuwendungen bis 200 Euro können gegenüber dem Finanzamt mittels Kontoauszug belegt werden.

Vorname _____ Name _____

Straße _____ Postleitzahl _____ Ort _____

E-Mail-Adresse _____ Telefon _____
(bitte angeben für regelmäßige Informationen) (für Rückfragen – keine Telefonwerbung!)

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Die folgenden Angaben sind hilfreich, aber nicht notwendig:

Geburtsdatum bzw. Jahrgang _____ Beruf/Tätigkeit _____

Auf die INWO wurde ich aufmerksam durch:

☐ Faltblatt ☐ Bekannte ☐ Internet ☐ Vortrag ☐ Seminar ☐ Sonstiges _____

Datenschutz: Ihre Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst und nur durch vom Vorstand der INWO unmittelbar Beauftragte für vereinsbezogene Zwecke verarbeitet und genutzt. Die Daten dürfen dabei nicht an Dritte weitergegeben werden. Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg/F.

Wenn Sie **nicht** am Lastschrift-Verfahren teilnehmen möchten, bitten wir Sie **einen jährlichen Dauerauftrag** bei Ihrer Bank einzurichten. Wir bitten um Beitragszahlung bis zum 1. Mai des jeweiligen Jahres.

Gläubiger-Identifikationsnummer der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO): DE90NWO00000047916

Einzugsermächtigung: Ich ermächtige die INWO e.V. widerruflich, die von mir zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit durch Lastschrift von meinem Konto einzuziehen.

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige die INWO e.V., Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der INWO e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

IBAN: DE _ _ _ | _ _ _ _ | _ _ _ _ | _ _ _ _ | _ _ _ _

Name des Kreditinstituts oder BIC: _____

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Vorstand: Vlado Plaga, Beate Bockting, Matthias Klimpel
Registergericht: Amtsgericht Frankfurt/Main, Registernummer: VR 10338
IBAN: DE32 4306 0967 6010 4514 00 - BIC: GENODEM1 GLS
Kto.Nr. 6010 4514 00 - BLZ 4306 0967 - GLS Gemeinschaftsbank e.G.

Wirtschaftswachstum als Entwicklungsziel ist falsch



Im September 2015 wurde auf dem UN-Gipfel in New York die »Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung« verabschiedet. Ziel 8 der 17 Nachhaltigen Entwicklungsziele verlangt »dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum«. Eine Kritik von Alec Gagneux.

Seit Jahrzehnten präsentiert uns der Bundesrat fast im gleichen Atemzug die Strategie Nachhaltige Entwicklung und die Wachstumsstrategie. Zwar steht in der Verfassung kein Wort über Wachstum, und trotzdem wird am Wachstumskurs stur festgehalten: Die Bürger sollen glauben, es gäbe gar keine Alternative zu ewigem Wachstum, gemäss dem Prinzip TINA (There is no alternative). Jetzt fordert auch noch die Agenda 2030 im Punkt 8 (eher ∞ wie unendlich!) ewiges Wachstum zum Schutz (!) von Mutter Erde.

Kürzlich lud das Bundesamt für Raumentwicklung erneut zum »Dialog 2030« nach Bern ein. Die Sustainable Development Goals (SDGs, Nachhaltige Entwicklungsziele) sollten der Bevölkerung nähergebracht und dialogisiert werden. 2015 wurden die 17 Oberziele und 169 Unterziele von allen 193 UN-Staaten ratifiziert. Praktisch jede/r Entwicklungsinteressierte findet in diesem grossen Katalog Themen, die Sinn machen. Ziel 8 will allerdings, dass wir jedes Jahr mehr Waren produzieren, konsumieren, wegwerfen!

Beim Dialog-2030-Anlass wollte ich wissen, ob sich die Experten den Gegensatz zwischen dem SDG-Ziel 8 und der ursprünglichen Definition für »Nachhaltige Entwicklung« erklären können? Mir wurde das Wort abgeschnitten und die Antwort auf diese Frage verweigert. So sieht also Dialog mit kritischen Untertanen aus ...

BIP-Wachstum ist nicht nachhaltig

Jedes Kind, das schon Erfahrungen im Sandkasten gemacht hat, versteht, dass ewiges materielles Wachstum unmöglich ist: Wenn immer mehr Kinder im gleichen Sandkasten immer höhere Türme bauen wollen, dann gibt es soziales und materielles Chaos. Das wol-

len die meisten Erwachsenen heute leider nicht wahrhaben. Die Massenmedien wiederholen mantramässig auf praktisch allen Kanälen, dass Wirtschaftswachstum gut sei. Gut für wen?

Schauen wir uns diese Gegensätze etwas genauer an:

- SDG-Ziel 8 verlangt »dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum«.
- 1992 definierte die UNO in Rio: »Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, welche weltweit die heutigen Bedürfnisse zu decken vermag, ohne für künftige Generationen die Möglichkeit zu schmälern, ihre eigenen Bedürfnisse zu decken.«

Die extreme Armut kann nur abnehmen, wenn auch der extreme Reichtum schmilzt.

Gemäss dem anerkannten Global Footprint Network brauchen heute die rund 8 Milliarden Menschen innerhalb eines Jahres Ressourcen von 1,6 Planeten. Da wir nur die *eine* Erde haben, konsumieren wir ab dem 8. August (Earth Overshoot Day) auf Kosten von kommenden Generationen. Dies ist nicht nur unsolidarisch – es führt auch zu kollektivem Selbstmord und ist deshalb das Gegenteil von nachhaltiger Entwicklung, wie sie 1992 definiert wurde.

Lebensqualität lässt sich nicht durch das BIP messen

Beim Unterziel 8.1 der SDGs wird ein Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum von mindestens 7 Prozent in den am wenigsten entwickelten Ländern verlangt. Wer glaubt, mit einem BIP-Wachstumszwang die Lebensqualität von benachteiligten Menschen verbessern zu können, hat nicht verstanden, dass in den meisten Fällen ein forciertes Wachstum bei der marginalisierten Bevölkerung nicht ankommt: Wer im heutigen Wirtschaftssystem kein Geld

hat, kann nichts kaufen, unabhängig vom Wachstum der Volkswirtschaft.

Wollen wir tatsächlich das Leben von armen, hungernden Menschen verbessern, dann müssen deren Grundbedürfnisse befriedigt werden. Daraus kann ein BIP-Wachstum entstehen, weil mittels Geld z.B. Hunger reduziert werden kann. Bedürfnisse können aber auch ohne BIP-Wachstum gedeckt werden, z.B. durch ein Schenk- oder Subsistenzverhalten.

Wird Wachstum forciert, provoziert man damit mehr Energieverbrauch – also auch mehr Naturzerstörung. Die SDGs müssten also Massnahmen gegen Überkonsum, noch besser: gegen Überproduktion, verlangen. Dies sucht man im SDG-Dokument allerdings vergebens.

Mit den SDGs werden Ziele wie Null-Hunger (Ziel 2) oder Null-Armut (Ziel 1) in die Zukunft verschoben. Dies war schon bei den Millenniumszielen im Jahr 2000 so. Damals wurde die Agenda 2015 mit dem einseitigen Hauptziel »Halbierung der extremen Armut« ausgerufen. Dass die Agenda 2015 scheitern musste, erstaunt nicht: Die extreme Armut kann nur abnehmen, wenn auch der extreme Reichtum schmilzt.

Schädliche SDG-Ziele wie 8 und 8.1 müssen genauso klar abgelehnt werden wie die Wachstumspolitik 2016-2019 eines Bundesrates, der unsere Verfassung* täglich mit Füssen tritt. Engagieren wir uns dafür, dass wir uns der Definition von Rio 1992 endlich annähern, um so bald wie möglich enkeltauglich leben zu können! Ich nehme gerne Angebote für entsprechende Aktivitäten entgegen.



Alec Gagneux ist Vorstandsmitglied der INWO Schweiz. Seit 25 Jahren ist er selbständig engagiert in der Entwicklungszusammenarbeit. Schwerpunkte sind Faire Geldwirtschaft, Zugang zu freiwilliger Familienplanung für alle und angepasste Solarenergie (fairCH.com).

* Siehe z.B. BV Art. 2, Zweck der Eidgenossenschaft: Sie (die Eidgenossenschaft) setzt sich ein für die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und für eine friedliche und gerechte internationale Ordnung.

Negative Zinsen – was folgt daraus für die Banken?

Als Folge der globalen Finanzkrise ab 2007 senkte die EZB die Leitzinsen immer weiter, zugleich sank das allgemeine Zinsniveau. Seit Juni 2014 liegt nun der Einlagenzins der EZB unter 0 % und immer weitere Teilsegmente der festverzinslichen Anleihen weisen negative Renditen aus.

Grundsätzlich ist die Politik der niedrigen Zinsen ein Segen für weite Bevölkerungskreise: Die Staaten müssen weniger Geld für Zinsen zahlen und haben so mehr

**Ohne ausreichende
Negativzinsen steuern
wir geradewegs in
die nächste Krise.**

Geld für andere Aufgaben übrig. Die Unternehmen müssen weniger Zinsen zahlen und stellten nicht zuletzt deshalb mehr Beschäftigte ein. Die Insolvenzen sind kontinuierlich zurückgegangen. Beides stärkt die Verhandlungsposition vieler Arbeitnehmer. In Deutschland steigen seit 2011 die Löhne wieder stärker als die Preise. Die Zahl der Arbeitslosen ist langsam, aber kontinuierlich gesunken. Selbst die gesetzliche Rentenkasse konnte die Renten so stark wie seit vielen Jahren nicht mehr anheben.

Bargeld ebenfalls negativ verzinsen

Nun sollte darüber diskutiert werden, weshalb es sinnvoll wäre, das Bargeld ebenfalls einem negativen Zins zu unterwerfen, und wie sich die Einsparungen aus gesunkenen Zinsen gerecht verteilen lassen. Außerdem müsste dringend darüber gesprochen werden, wie künftig die Boden- und Ressourcenrenten (z.B. in Form von Wohnungsmieten) reduziert oder gerechter verteilt werden können. Doch stattdessen schaffte es die konservative Presse, das Thema Niedrig- oder Negativzins nur noch mit der »Enteignung der Sparer« in Verbindung zu bringen. Dabei würde ein höheres Zinsniveau geradewegs in die nächste Krise führen.

Negativzinsen auf Kundeneinlagen...

Doch die negativen Zinsen haben in der Tat ein neues Problem für die Banken geschaf-

fen: Durch die niedrigen Kreditzinsen ist mittlerweile auch die Bankmarge, d.h. die Differenz zwischen Kredit- und Einlagenzinsen der Banken, gesunken. Statt konsequent weiterzugehen und Zinsen auf die Einlagen zu verlangen und von der EZB begleitende Rahmenbedingungen zu fordern, erhöhen viele Banken nur ihre Gebühren und stimmen kritiklos in das Wehklagen über die »Enteignung der Sparer durch die EZB« ein. Höhere oder neue Gebühren fallen aber nicht nach dem Verursacherprinzip bei den großen Geldeinlegern an, sondern treffen alle gleichermaßen – und belasten dadurch überproportional die ärmeren Bankkunden.

**Es ist transparenter
und fairer, wenn die
steigenden Kosten der
Banken ebenfalls über
Negativzinsen, statt
über Gebühren an die
Kunden weitergegeben
werden.**

...statt Anhebung der Gebühren!

Auch die GLS Bank steht jetzt vor der Entscheidung, wie sie künftig mit dem Druck auf die Bankmarge umgehen soll. Wir möchten den Vorstand ermutigen, sich – wie bereits schon angedacht – ein Herz zu fassen und endgültig von unsocialen pauschalen Gebühren Abstand zu nehmen. Die Alternative Bank Schweiz (ABS, www.abs.ch) – quasi das Pendant zur GLS Bank in der Schweiz – hat bereits gezeigt, wie ein solcher Weg aussehen könnte:

Das Problem des Passivüberhangs, der aufgrund der Anfang 2015 von der Schweizerischen Nationalbank eingeführten Negati-

vzinsen Geld kostet, hat die ABS durch die Weitergabe dieser Zinsen an die Kundschaft gelöst. Die Einführung von Negativzinsen auch auf privaten Girokonten hat kaum etwas am Wachstum der zufließenden Gelder geändert. »Die Leute strömen immer noch zur ABS, trotz Negativzinsen oder sogar jetzt gewissermaßen erst recht.« Kundinnen und Kunden teilen die Ansicht, dass es »transparenter und fairer ist, wenn die Kosten über Negativzinsen statt über Gebühren an die Kunden weitergegeben werden«, so die ABS.

Eine durchdachte Zinsbelastung von Einlagen kann aber nicht nur die gleichen Erträge bringen wie eine Gebührenerhöhung, sondern zugleich den Einlagenüberschuss der GLS Bank auf ein ökonomisch sinnvolles Maß reduzieren helfen. Kunden sind dann eher bereit, ihr Geld in längerfristige Anlagen oder Genossenschaftsanteile umzuschichten, was es der Bank erleichtern würde, äußerst zinsgünstige Kredite an sinnvolle Projekte zu vergeben.

Informationen zur Geldpolitik:
www.inwo.de

Informationen zur Politik der ABS in ihrem Ethikbericht 2015: www.abs.ch

**Der Übergang in eine
Postwachstumsgesellschaft
benötigt Banken, die
immer mehr Kredite und
Anlagen dahin schleusen,
wo das »bessere
Wachstum« stattfindet.**

